

Digitalisierungsbericht

#2



BETTER TO GETHER

Gemeinsam für ein digital
erfolgreiches Österreich

BETTER TOGETHER

Gemeinsam für ein
digital erfolgreiches
Österreich





Gemeinsam mehr erreichen



„In der digitalen Transformation stecken noch erhebliche Potenziale für dauerhaftes, nachhaltiges Wachstum.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Digitalisierungscommunity!

Die Digitalisierung gilt als Chance für den Wirtschaftsstandort und als Garant für Wohlstand. Gerade bei der Bewältigung der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass wir dank Homeschooling und Homeoffice, intelligenten Testmethoden und dem digitalen Grünen Pass besser durch die Krise gekommen sind.

Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei der digitalen Transformation strategisch und planvoll vorgehen müssen. Unsere Digitalisierungspolitik muss allen Bürger:innen dienen und sie muss jede und jeden auf die Reise in das digitale Zeitalter mitnehmen.

Österreich ist dabei auf einem guten Weg. Durch den Ausbau unserer digitalen Netze bringen wir Breitband in die entlegensten Regionen. Und wir arbeiten an einer neuen Strategie für den Ausbau digitaler Fähigkeiten - von jung bis alt.

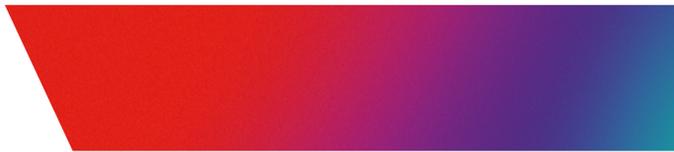
Auch die Verwaltung hat sich längst auf die modernen Zeiten eingestellt. Österreich gehört nach

wie vor zu den Besten im E-Government. Und mit dem Digitalisierungsfonds wurde ein Finanzierungsinstrument geschaffen, das die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung wirksam unterstützt und vorantreibt.

In diesem zweiten Österreichischen Digitalisierungsbericht stellen wir Ihnen konkrete Umsetzungsprojekte vor. Besonders wichtig ist mir vor allem eines: Die kluge, ressortübergreifende Zusammenarbeit, die auf einem gemeinsamen strategischen Fundament steht - unserem Digitalen Aktionsplan (DAA). So bündeln wir Kräfte und Ressourcen und erreichen mehr für die Menschen und Unternehmen in unserem Land. Und genau darum muss es uns jetzt gehen, damit der digitale Aufschwung wirklich alle erreicht.

Danke, dass auch Sie Teil dieser Transformation sind! Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen mit dem Digitalisierungsbericht.

Florian Tursky, MSc. MBA
Staatssekretär
für Digitalisierung und Telekommunikation





Digitali- sierung für die Zukunft nutzen



**„Klimaschutz und Digitalisierung
müssen gemeinsam gedacht werden.
So können Lösungen für eine resilientere,
grünere Zukunft entstehen.“**

Nicht nur die Corona-Krise hat uns jüngst gefordert: Der Krieg mitten in Europa hat uns unsere Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern spüren lassen. Umso wichtiger ist es, die Energiewende entschlossen voranzutreiben und die Wirtschaft zu transformieren, um in Zukunft resilienter und unabhängiger agieren zu können.

Damit dies gelingen kann, müssen Klimaschutz und Digitalisierung gemeinsam gedacht und gemeinsam zur Anwendung gebracht werden.

So gibt es im gesamten Energiebereich starke Digitalisierungskomponenten, angefangen von Microchips, die zur Effizienzsteigerung eingesetzt werden, bis hin zu innovativen Lösungen für Windkraft, Photovoltaik oder Anwendungen im Bereich der Speichertechnologien.

Es ist essentiell, jetzt die Weichen dafür zu stellen, Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft resilienter für die Krisen der Zukunft zu machen. Die richtigen Investitionen jetzt machen Österreich unabhängiger, sichern unsere Position als attraktiver Wirtschaftsstandort und schafft die grünen, zukunftsfähigen Arbeitsplätze von morgen.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung müssen wir die Chancen und Möglichkeiten, die uns die Digitalisierung eröffnet, für die Zukunft

nutzen – für einen Umbau des Energiesystems, des Mobilitätssystems, hin zu einer kreislauffähigen Wirtschaft.

Im breiten Zuständigkeitsfeld des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation & Technologie (BMK) eröffnet die Digitalisierung als Querschnittsmaterie genau hier die Möglichkeit der Erprobung und des Einsatzes von digitalen Technologien in den unterschiedlichsten Anwendungsfeldern – vom Einsatz von Erdbeobachtungsdaten für den Klimaschutz bis hin zu Smart Cities, die uns ein klimafreundlicheres Leben in der Stadt ermöglichen. Dieses Zusammenspiel aus Klimaschutz, Digitalisierung und Innovation stärkt unsere Industrie, unsere Unternehmen, unsere Arbeitsplätze und somit die Zukunft des Standortes.

Ich bin überzeugt: Um Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen, die Energiewende voranzutreiben und gleichzeitig entscheidende Impulse für unsere Wirtschaft zu setzen, ist das Zusammendenken von Klimaschutz und Digitalisierung essentiell.

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie

Inhalt

Der zweite Digitalisierungsbericht deckt den Berichtszeitraum 2021 ab. Aus diesem Grund werden die 2021 gültigen Ressortbezeichnungen angeführt.

Den Digitalisierungsbericht barrierefrei erleben	10
Digitale Spitze	12
Digitalisierung richtig steuern	16
Gemeinsam planen und umsetzen	18
Starke Datenbasis für gemeinsame Digitalisierung	20
Das bringt der Digitalisierungsfonds	22
Gemeinsame digitale Erfolgsgeschichte	24
Beste Kommunikationsinfrastruktur für Wachstum und Zukunft	26
Bundeskanzleramt der Republik Österreich	
Sicher, effizient und krisenfest	30
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	
Einfach digital	32
Bundesministerium für Arbeit	
Arbeitsmarkt besser managen	34
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung	
Plattformen für die Zukunft	36
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten	
Service ohne Grenzen	38
Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz	
Mit Daten Gesundheit schützen	40
Mit Daten gegen das Virus	42
Bundesministerium für Finanzen	
Effizient und bürgernahe	44
Bundesministerium für Inneres	
Sicher digital	46
Bundesministerium für Justiz	
Vereinfachter Zugang zur Justiz	48
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	
Zukunft bewegen	50



Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport	
Digitale Kultur	52
<hr/>	
Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	
Digitalisierung für das ganze Land	54
<hr/>	
Bundesministerium für Landesverteidigung	
Auf Sicherheit bauen	56
<hr/>	
IT-Trends im Reality-Check	58
<hr/>	
Digitale Leuchtturm-Projekte der Bundesländer	62
<hr/>	
IT-Länderkooperationen als Schlüssel für E-Government-Standard	65
<hr/>	
Burgenland	
Mehr Effektivität und Effizienz	68
<hr/>	
Kärnten	
Digitale Services und Initiativen	70
<hr/>	
Niederösterreich	
Digitalen Wandel für Land und Leute nutzen	72
<hr/>	
Oberösterreich	
Neue Wege durch digitale Transformation	74
<hr/>	
Österreichischer Gemeindebund	
Digitale Gemeinden als Pioniere	76
<hr/>	
Österreichischer Städtebund	
Digitaler Einkommensnachweis der Landeshauptstadt Graz	80
<hr/>	
Salzburg	
Digitale Festspiele	84
<hr/>	
Steiermark	
Ausbau von Infrastruktur und Anwendungen	86
<hr/>	
Tirol	
Digitale Offensive	88
<hr/>	
Vorarlberg	
Gemeinsam nach vorn	90
<hr/>	
Wien	
Digitale Lebensqualität	92
<hr/>	
Experten-Umfrage	94
<hr/>	
Umfassende Digitalisierung vorantreiben	98
<hr/>	
Impressum	100
<hr/>	

Den Digitalisierungsbericht barrierefrei erleben

Der neue Österreichische Digitalisierungsbericht geht auch in Sachen Barrierefreiheit und interaktiver Rezeption neue Wege. Hier erfahren Sie, wie Sie mit Ihrem Handy noch mehr aus dem Digitalisierungsbericht machen.

Viele reden von Augmented Reality (AR), der Digitalisierungsbericht bringt sie. Die Erweiterung seines Angebots um dreidimensionale, interaktive Elemente in Echtzeit bringt zusätzliche Informationen und ein neues Maß an Barrierefreiheit. Das Augmented Reality Erlebnis findet direkt im mobilen Browser (Safari/Chrome) Ihres Smartphones statt und setzt keine App-Installation voraus.



Mit Videos und Augmented Reality den Digitalisierungsbericht neu erleben!



Videos des Staatssekretärs und der Bundesländer entdecken!

So geht's!

- Öffnen Sie die Kamera-App Ihres Smartphones oder eine QR-Scanner-App – und scannen Sie einen der QR-Codes im Digitalisierungsbericht.
- Erlauben Sie dem Browser den Kamera-Zugriff.
- Betrachten Sie das Bild neben dem QR-Code durch die nun im Browser geöffnete Kamera, um Augmented Reality zu erleben.

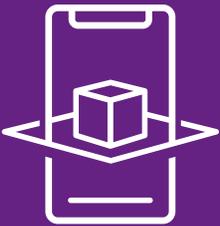


Der Digitalisierungsbericht bietet an folgenden Stellen AR-Anwendungen:



Bundesländer Videos

Reisen Sie mit uns durch Österreich und sehen Sie sich Covervarianten der neun Bundesländer an.



Digitalisierung erleben

Hören Sie, wie der Staatssekretär persönlich zu Ihnen spricht.

Digitale Leuchtturm-Projekte der Bundesländer

BETTER TOGETHER

BETTER TOGETHER

- VORARLBERG**
Gemeinsam nach vorn
Auf Basis einer gemeinsamen Vision werden die Digitalisierungsprojekte in der Region vorangetrieben.
- TIROL**
Digitale Offensive
In der Tiroler Digitalstrategie wird die Digitalisierung als zentrale Säule der Landesentwicklung definiert.
- SALZBURG**
Digitale Festspiele
Die Digitalisierung der Festspiele wird als zentraler Bestandteil der Kulturpolitik betrachtet.
- OBERSCHNIGEN**
Neue Wege durch digitale Transformation
Die Digitalisierung wird als Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesehen.
- KÄRNTEN**
Digitale Services und Initiativen
Die Digitalisierung wird als zentraler Bestandteil der Landesentwicklung definiert.
- STÄYERMARKEN**
Digitalen Wandel für Land & Leute nutzen
Die Digitalisierung wird als zentraler Bestandteil der Landesentwicklung definiert.
- BURGENLAND**
Mehr Effektivität und Effizienz
Die Digitalisierung wird als zentraler Bestandteil der Landesentwicklung definiert.

3D Karte ↑

Auf der Flappe mit der Österreichkarte (Seite 60-62) ist es möglich, die Österreichkarte zu drehen, sich Orten anzunähern und mehr Infos zu Leuchtturmprojekten zu erhalten.

→ Vorlesen lassen!

Besonders attraktiv: Lassen Sie sich die Texte des gesamten Berichts ohne eigene App ganz einfach barrierefrei vorlesen – das Scannen des QR Codes reicht dafür voll aus!



Digitale Spitze

Die Digital-Rankings DESI, E-Government-Benchmark und E-Government-Monitor zeigen: Österreich liegt mit seiner Digitalperformance und besonders bei digitalen Services in Europa klar vorne. Der laufende Vergleich sorgt nicht nur für willkommenes Feedback, sondern hilft uns auch bei der Weiterentwicklung unserer digitalen Leistungsfähigkeit.

Österreich im Digital Economy und Society Index

Der Digital Economy und Society Index (DESI) der Europäischen Kommission stellt das zentrale Messinstrument für den Digitalisierungsgrad und -fortschritt der EU-Mitgliedstaaten dar. Wichtige Themen sind dabei „Humankapital“ im Hinblick auf die digitalen Kompetenzen, das Themenfeld „Infrastruktur“, der Bereich „Einsatz digitaler Technologien durch Unternehmen“ und das Handlungsfeld „digitale Verwaltungsservices“. Im DESI-Index für 2021 ist Österreich unter die Top-10 aufgestiegen.

Wichtige Ergebnisse auf einen Blick:

- 66 % der Österreicher:innen verfügen über grundlegende Software Kenntnisse wie Textverarbeitung oder das Erstellen von Präsentationen.
- 50 % beträgt die 5G-Abdeckung in Österreich und liegt damit deutlich über dem europäischen Schnitt von 14 %. Das bedeutet Platz 3 bei diesem Indikator und eine Vorreiterrolle Österreichs in diesem Bereich.
- 37 % der heimischen Unternehmen nutzen die Potenziale im Bereich Künstlicher Intelligenz (KI). Österreich liegt hier klar über dem EU-Schnitt von 25 %.
- Im Bereich der Digital Public Services nimmt Österreich im europäischen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Österreich überzeugt in den Bereichen Nutzerzentriertheit und Verfügbarkeit von digitalen Verwaltungsservices und erreicht bei sämtlichen Messindikatoren überdurchschnittliche Werte.
- Beim Ausbau von M-Government und der elektronischen Zustellung zählt Österreich zu den Spitzenreitern im EU-Vergleich.



=

Österreich in internationalen Rankings



D A CH eGov
Monitor

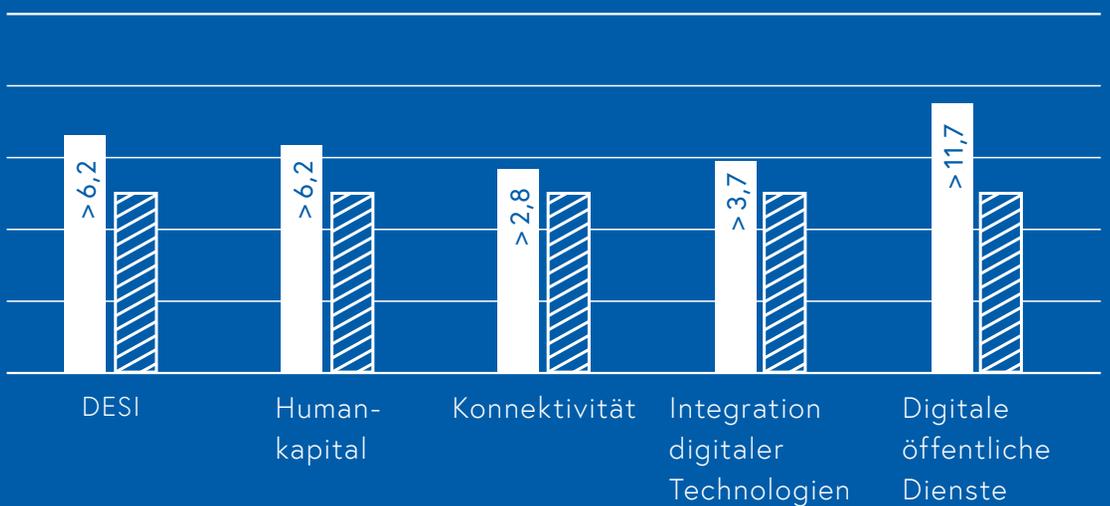


eGov
Benchmark



DESI
Ranking

DESI 2021 – Relatives Ergebnis nach Messdimensionen



	ÖSTERREICH	56,9	53,3	53	41,3	79,8
	EU	50,7	47,1	50,2	37,6	68,1

Ergebnisse Österreichs im eGov Benchmark 2021

NUTZER- ZENTRIERTHEIT	GESAMTPUNKTEZAHL	88,1	96	
	Online Verfügbarkeit	87,2	96	
	Mobile Nutzerfreundlichkeit	88,4	99	
	Nutzer Support/ Hilfestellungen	90,7	95	
TRANSPARENZ	GESAMTPUNKTEZAHL	64,2	78	
	Dienstleistungserbringung	59,9	76	
	Persönliche Daten	68,3	87	
	Dienstleistungsdesign	61,6	69	
TECHNO- LOGISCHE SCHLÜSSEL- ELEMENTE	GESAMTPUNKTEZAHL	61,4	86	
	elektronische Identifikation	59,1	80	
	elektronische Dokumente	71,8	90	
	Informationsquellen	61,4	75	
	Digitale Post/Elektronische Zustellung	73,3	100	
GRENZÜBER- SCHREITENDE MOBILITÄT	GESAMTPUNKTEZAHL	54,8	76	
	Online Verfügbarkeit	61,1	78	
	Nutzer Support/Hilfestellungen	67,8	83	
	elektronische Identifikation	21,8	66	
	elektronische Dokumente	48,1	61	



EU27+ DURCHSCHNITT
(%, 2019 2020)



im Bereich DIGITALE POST

100 %

Österreich im E-Government Benchmark

Der „E-Government Benchmark“ der Europäischen Kommission untersucht seit 2001 jährlich digitale Verwaltungsservices (E-Government) – aktuell in den 27 EU-Mitgliedsländern, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, der Schweiz und der Türkei sowie im Vereinigten Königreich, in Albanien und Nordmazedonien.

Für den E-Government Benchmark 2021 wurden die Lebenslagen Neugründung eines Unternehmens sowie Karriere, Familie und Studium untersucht. Dabei zeigt sich:

- Österreich zählt im E-Government-Vergleich zu den Besten in Europa und belegt Rang 6 von 36 untersuchten Ländern.
- Österreich hat sich deutlich in den Bereichen „cross-border eDocuments“, „mobile friendliness“ und „cross-border eID“ verbessert.
- Der Standort konnte im Bereich „Mobile Friendliness“ 99 Prozent und im Bereich der Digitalen Post sogar 100 Prozent erreichen.
- Bei der elektronischen Zustellung zählt Österreich zu den Spitzenreitern im EU-Vergleich.

Österreich im E-Government Monitor 2021

Seit 2011 beleuchtet der E-Government Monitor jährlich die aktuelle E-Government-Situation in Deutschland. Seit 2012 werden Österreich und die Schweiz als Vergleichsländer herangezogen. Die aktuelle Untersuchung belegt für Österreich erneut Spitzenwerte sowie einen deutlichen Vorsprung bei Bekanntheit und Nutzung von E-Government Angeboten im Vergleich mit unseren Nachbarn.

Der D-A-CH-Ländervergleich zeigt:

- 76% der Österreicher:innen nutzen Verwaltungsservices wie [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) bereits online.
- 83% kennen oder nutzen [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) bereits. Das bedeutet im Ländervergleich Platz 1.
- 80% der Bürger:innen suchen online nach Informationen, Zuständigkeiten und Öffnungszeiten.



Platz 1 im
Ländervergleich:

83 %

kennen oder nutzen [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at)

Digitalisierung richtig steuern

Mit der „Chief Digital Officer-Task Force“ stellt Österreich sicher, dass die österreichische Bundesverwaltung die digitale Transformation abgestimmt und proaktiv gestaltet.

Die Digitalisierung der Bundesverwaltung ist viel mehr als nur eine technologische Frage. So sind neben IKT-Maßnahmen auch zahlreiche organisatorische, rechtliche und fachliche Maßnahmen erforderlich, die von den betroffenen Ressorts umgesetzt werden müssen. Digitale Projekte, die unterschiedliche Lebenslagen von Bürger:innen betreffen, müssen über alle Ebenen der Bundesverwaltung hinweg koordiniert werden.

Synergien nutzen, Redundanzen vermeiden

Um digitale Transformation in diesem Sinn richtig und umfassend zu steuern, hat die Bundesregierung im Juni 2018 die Schaffung einer „Chief Digital Officer-Task Force“ beschlossen. Ihr Ziel ist es, eine abgestimmte und proaktive Herangehensweise an das Thema Digitalisierung zu verfolgen. Gleichzeitig sollen Synergieeffekte genutzt und Redundanzen vermieden werden, indem stets organisatorisch, logistisch, rechtlich und fachlich aufeinander abgestimmte Maßnahmen gesetzt werden.

Aufgaben der „CDO-Task Force“ auf einen Blick

- ressortübergreifende Koordination der Digitalisierungsmaßnahmen
- Erstellung der mittelfristigen Roadmap der Digitalisierungsmaßnahmen
- Erstellung und Kommunikation der Digitalisierungsstrategie des Bundes
- ressortübergreifende Koordination geltender IT-Richtlinien betreffend Vorgehen bei Digitalisierungsprojekten
- Monitoring der Digitalisierungsmaßnahmen des Regierungsprogramms
- Steuerung der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung
- Erstellung eines jährlichen Digitalisierungsberichts
- Organisation des Digitalisierungsgipfels auf Ministerebene



Alle Ressorts vertreten

In diese CDO-Task Force entsenden alle Ressorts ihre Chief Digital Officers. Geleitet wird die Task Force vom Bundes-CDO. Die CDOs koordinieren die Digitalisierungsvorhaben in ihrem jeweiligen Ressortbereich, berichten darüber im Rahmen der CDO-Task Force und unterstützen gemeinsame Vorhaben. Sie stimmen ihre Themenfelder auch mit relevanten Gebietskörperschaften oder der Wirtschaft ab. So ist sichergestellt, dass die digitale Transformation der Bundesverwaltung für alle Beteiligten, Nutzer:innen und Stakeholder zu einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte wird.



BETTER
TO
GETHER

Gemeinsam planen und umsetzen

Mit dem Digitalen Aktionsplan Austria verfügt Österreich über ein besonderes Instrument zur Planung und strategischen Gestaltung der digitalen Transformation. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit hat auch im Berichtszeitraum fundierte neue Aktionspläne zu wichtigen Themen gebracht.

Der vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) koordinierte Digitalen Aktionsplan Austria (DAA) ist ein Strategiedokument „in progress“. Gemeinsam mit den fachlich zuständigen Ressorts und Fachleuten werden laufend neue Themenbereiche bearbeitet, damit die Digitalisierung in Österreich abgestimmt und erfolgreich vorangetrieben werden kann. Auf Basis gemeinsam entwickelter Leitlinien und Prinzipien (siehe Österreichischer Digitalisierungsbericht #1) konkretisieren themenspezifische Aktionspläne wichtige Umsetzungsprojekte und Maßnahmen zur Zielerreichung.



1 Mehr aus Daten machen

Gezielte Datennutzung ist die Grundlage für die Innovationskraft

von Unternehmen sowie die Forschung und Weiterentwicklung neuer Technologien. Daher präsentiert dieses Kapitel Maßnahmen, um hohe zielgerichtete Datennutzung und umfassende Datenkompetenz für einen attraktiven Datenstandort Österreich zu erreichen. Ein Beispiel dafür: Um eine institutionelle Struktur für die Datennutzung zu schaffen, werden sektorspezifische Datenräume entwickelt. In diesen stellen Datenhubs dann Daten zur Verfügung.

2 Mehr Resilienz durch Digitalisierung



Die COVID-19 Krise macht deutlich, dass Digitalisierung zur besseren Bewältigung der aktuellen Situation beiträgt. Das Ziel dieses Kapitels ist die Identifikation wirksamer Maßnahmen zur

Stärkung der Krisenfestigkeit der österreichischen Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Österreich. Eine beispielhafte Maßnahme ist die Erarbeitung eines wirtschaftlichen Lagebilds durch das BMDW. Dieses Instrument stellt Echtzeit-Informationen zur aktuellen Lage des Wirtschaftsstandorts Österreich als Entscheidungsgrundlage für die Österreichische Bundesregierung bereit.

3 Weiterentwicklung forcieren



Um den Standort Österreich fit für eine erfolgreiche digitale Transformation zu machen, widmet sich dieses Kapitel staat-

lichen und betrieblichen Maßnahmen zur digitalen Transformation. Wichtige Handlungsfelder sind dabei Ausbildungsmaßnahmen über alle Lebensphasen hinweg, zielgerichtete Datenverfügbarkeit, steuerliche Anreize zur Innovationsförderung und der krisenfeste Ausbau der Infrastruktur. Mit den Digital Innovation Hubs treibt das BMDW etwa den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zur Entwicklung digitaler Lösungen und Produkte in Österreich voran. Um Unternehmensansiedlungen zu erleichtern, wird beispielsweise das Unternehmensserviceportal USP.gv.at um die elektronische Gründung und Standortverlegung nach dem Once-Only-Prinzip erweitert.



NEU:

4 Neue Chancen durch Umwelttechnologien

Die Digitalisierung stellt im Bereich der Umweltwirtschaft einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar, der einerseits zur Erreichung der Klimaziele beitragen soll, gleichzeitig aber auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich verbessert. Um die Wertschöpfung in Österreich durch innovative Umwelttechnologien zu erhöhen, wurden unter anderem Maßnahmen im Bildungsbereich entwickelt, wie Weiterbildungen und Unterstützungen im Bereich der „Green Jobs und Green Skills“. Außerdem werden regulatorisch Reallabore geschaffen, in denen österreichische Unternehmen Umwelttechnologien unter Einsatz neuer digitaler Technologien (rechts-)sicher ausprobieren können.

NEU:

5 Thesen für die Zukunft

Durch den Einfluss von Digitalisierung auf Kommunikationsformen und Arbeitsweisen in Forschung und universitärer Lehre stehen auch Universitäten vor neuen Herausforderungen. Zusätzlich tragen Universitäten als öffentliche Institutionen im europäischen Bildungs-, Forschungs-, und Hochschulraum eine hohe Verantwortung bei Bereitstellung und Vernetzung öffentlicher Infrastrukturen. Auf Basis von Analysen zur „Zukunft der ‚digitalen‘ Universitäten“ wurden Thesen erarbeitet, auf deren Grundlage in einem Dialogforum zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und Universitäten eine gemeinsame Vorstellung darüber entwickelt wird, was „digitale Transformation“ an öffentlichen Universitäten bedeuten kann. Ein wichtiges Thema sind die Auswirkungen des Einsatzes digitaler Medien auf zukünftige Lehr- und Prüfungsformate.

Starke Datenbasis für gemeinsame Digitalisierung



700 Tsd

*Aktivierungen der
App „Digitales Amt“
bis 30.01.2022*

Das Dashboard Digitalisierung ist die erste Adresse für alle, die aktuellste Daten über Digitalisierung und E-Government in Österreich brauchen. Damit machen wir gemeinsam mehr aus Daten.

Das innovative Dashboard präsentiert Zahlen, Fakten und Trends aus entscheidenden Bereichen der digitalen Transformation für Bürger:innen, Unternehmen und Staat. Künftig wird das Dashboard als modernes Monitoring- und Steuerungstool die Arbeit der CDO-Task Force unterstützen. Damit erfolgt die Abstimmung der Digitalisierungsmaßnahmen zwischen den verschiedenen Ressorts zur Weiterentwicklung und Etablierung neuer digitaler Services auf einer einzigartigen Datenbasis.

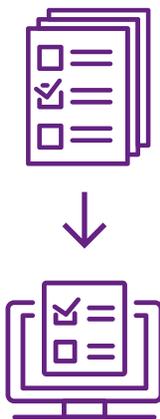
Mehr aus Daten machen

Mit dem neuen Digital Dashboard verbinden wir den bestehenden großen Datenschatz mit konkreten Umsetzungsprojekten und Services für Privatpersonen und Unternehmen. Suchfunktion, Tags und Bookmarks machen es leicht, das Dashboard als Werkzeug für die eigene Entwicklung zu nutzen. Das Dashboard Digitalisierung ist die Plattform, mit der wir gemeinsam mehr aus Daten machen.

Mehr auf <https://www.digitalaustria.gv.at/digitalisierungsbericht/Datendashboard>

Das bringt der Digitalisie- rungsfonds

2021 und 2022:



160 Mio €

für die digitale Transformation

Die digitale Transformation der Bundesverwaltung wird mit dem Digitalisierungsfonds erfolgreich forciert: Für das vergangene und das heurige Jahr stehen rund 160 Mio Euro zur Verfügung.

Österreich gehört mit seinen Leistungen im E-Government-Bereich und bei digitalen Services für Bürger:innen und Unternehmen zur Spitze, wie etwa der E-Government Monitor zeigt (siehe auch Seite 12-15). Mit dem Digitalisierungsfonds verfügt der Standort über ein wirksames und transparentes Instrument, um die digitale Transformation der Verwaltung und öffentlicher Services zielgerichtet weiterzuentwickeln und weiter zu beschleunigen. Der Digitalisierungsfonds ermöglicht relevante Investitionen für noch mehr und bessere digitale Services für Bürger:innen und Wirtschaft. Das spart Zeit, Geld und reduziert Bürokratie für alle Beteiligten, so Dietmar Schuster, Generalsekretär im Finanzministerium.

Task Force Digitalisierung wählt Projekte aus

Für das vergangene und das heurige Jahr stehen insgesamt 160 Mio Euro zur Verfügung. Mit den Mitteln des Digitalisierungsfonds wird einerseits die Anschubfinanzierung von Digitalprojekten mit ressortübergreifender Wirkung gefördert, andererseits werden damit Projekte für die IT-Konsolidierung des Bundes unterstützt. Die geförderten Projekte werden von der Task Force Digitalisierung ausgewählt, die sich aus Vertretern von BMDW, BKA, BMF und BMKÖS zusammensetzt. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 140 Projekte eingereicht, wovon 68 Projekte mit ca. 76 Mio Euro gefördert wurden (siehe Kasten). Der Digitalisierungsfonds wird aus dem EU-Aufbau- und Resilienzplan refinanziert.



Wirkung in vielen Bereichen

Der große Impact der finanzierten Projekte für Standort und Bürger:innen zeigt sich an vielfältigen Leuchtturmprojekten:

- Die E-Zustellung und „Mein Postkorb“ für einen kontaktlosen und gesicherten Kommunikationskanal für RSa/RSb-Schreiben und Fensterkuvert-Sendungen bringen erhebliches Einsparungspotenzial bei Postgebühren, Druck und Kuvertierung.
- Das Once-Only-Prinzip mit der Informationsverpflichtungsdatenbank (IVDB) und dem Register- und Systemverbund (RSV) ermöglicht Zeit- und Kosteneinsparungen für Unternehmen.
- Die Weiterentwicklung von oe.gv.at mit derzeit knapp 10 Mio monatlichen Seitenaufrufen bringt zusätzliche Services und eine Plattform für digitale Ausweise.
- Das Unternehmensserviceportal USP bringt digitales Vollmachten-Management und die Nutzung von KI zur automatisierten Abwicklung von Förderansuchen für Vereinfachungen und Kosteneinsparungen.
- Die Integration des Krisenmanagement-Auslandservice in die App „Digitales Amt“ ermöglicht Push-Nachrichten bei Gefahren im Ausland.
- Die Online-Beratung für Mädchen und Frauen sorgt für niederschwellige Familien- und Frauenberatungsangebote über eine Plattform mit Videokonferenz- und Chat-Funktion.
- Mit dem Kolibri-Projekt wird ein Luftraum-Management-System für den Drohnenverkehr etabliert, womit Gefahren für zivile Luftfahrt, Polizei, Verteidigung oder Rettungsdienste verhindert werden.
- Der Elektronische Schülerschein gewährleistet die weitgehend automatisierte Einbindung des Schülerscheines in die ID Austria und die automatische Antragstellung.

„Der Digitalisierungsfonds ist ein transparentes und wirkungsvolles Instrument, damit wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen Leistungen und Services noch bürgernäher und effizienter erbringen können.“

Zahlen und Fakten zum Digitalisierungsfonds 2021

140

Projekte eingereicht

68

Projekte ausgewählt (in vier Tranchen)

ca. 76 Mio
freigegeben

Gemeinsame digitale Erfolgs- geschichte



Dass digitale Transformation in Verbindung mit strategisch fundierter Kollaboration überzeugende Ergebnisse bringt, zeigt sich nicht nur in der digitalen Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Bereich. Österreich hat im Bereich digital Services seine Position in internationalen Rankings nicht nur halten, sondern auch ausbauen können. Im D-A-CH Vergleich halten wir sogar den 1. Platz. Dank der guten ressortübergreifenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erarbeitung strategischer Grundlagen für die Transformation auf Basis des Digitalen Aktionsplans Austria hat sich das „digitale Österreich“ im Berichtszeitraum des vorliegenden Österreichischen Digitalisierungsberichts wieder stark weiterentwickeln können. Ein wichtiges Instrument zur Förderung der ressortübergreifenden Kooperation und der zügigen Umsetzung wichtiger Digitalisierungsprojekte ist der Digitalisierungsfonds, aus dem im vergangenen Jahr 68 Projekte mit ca. 76 Mio Euro gefördert werden konnten.

„Österreich hat im Bereich digitaler Services seine Position in internationalen Rankings nicht nur halten, sondern auch ausbauen können.“

Bundes-CDO SCⁱⁿ Mag.^a Maria Ulmer



Auf den nachfolgenden Seiten präsentiert der Digitalisierungsbericht beispielhafte Projekte der Ressorts, die mit Mitteln des Fonds umgesetzt bzw. im vergangenen Jahr gestartet wurden. Die Übersicht zeigt sowohl die Vielfalt, wie auch die inhaltliche Qualität der gesetzten, gut abgestimmten Maßnahmen. Um auch die Aktivitäten der österreichischen Bundesländer für die digitale Transformation der Verwaltung würdigen zu können, präsentiert der vorliegende Bericht erstmals auch strategische Prämissen und ausgewählte Leuchtturmprojekte aus allen Ländern. Auch hier zeigt sich eine beeindruckende Vielfalt an Projekten und Ansätzen, die Verwaltungshandeln effizienter und mit Blick auf die Bürger:innen auch effektiver macht. Einmal mehr zeigt sich, dass die erfolgreiche digitale Transformation in Österreich vielen Akteur:innen zu verdanken ist, die dank innovativer Ansätze und kluger Abstimmung in ihrem Verantwortungsbereich viel bewegen können. In diesem Sinn wird Österreich seine digitale Erfolgsgeschichte gemeinsam fortschreiben können.



„Die erfolgreiche digitale Transformation in Österreich ist vielen Akteur:innen zu verdanken.“

**Interimistischer Bundes-CDO Stv.
AL DI Dr. Franz Haider**
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Beste Kommunikationsinfrastruktur für Wachstum und Zukunft

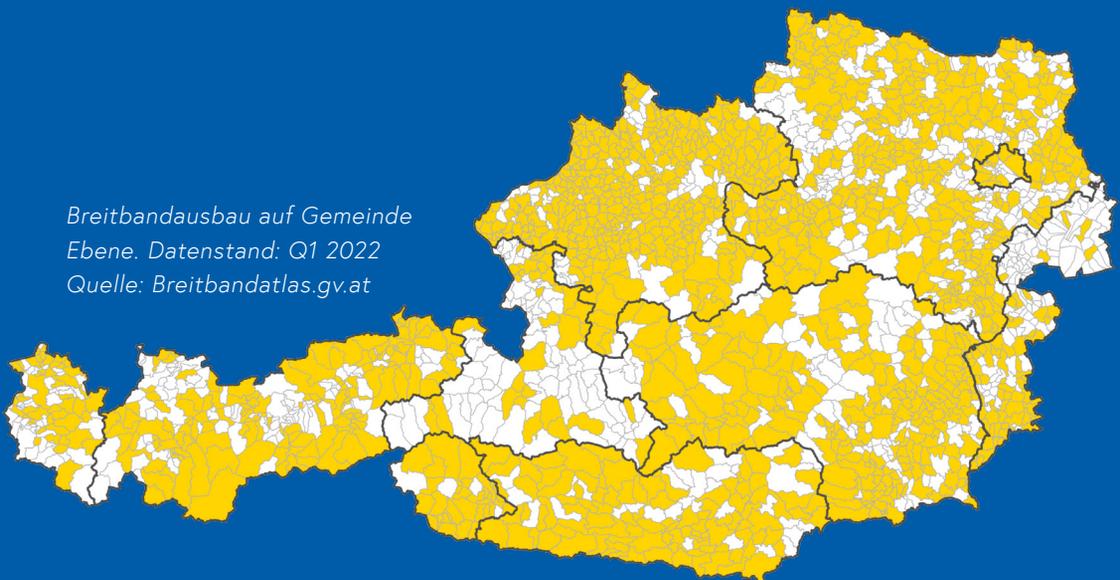
Eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur ist eines der wichtigsten Fundamente für erfolgreiche Digitalisierung. Ziel der Bundesregierung ist daher die flächendeckende Versorgung mit festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen bis 2030. Die Breitbandinitiativen tragen mit gezielten Förderungsinstrumenten auch zur digitalen Chancengleichheit zwischen Stadt und Land bei.

Im Zuge der Initiative Breitband Austria 2020 stellt der Bund seit Mitte 2015 Fördermittel für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung. Die Breitbandinitiative hat am österreichischen Telekommunikationssektor eine bis dato nie dagewesene Dynamik ausgelöst: Im Rahmen der bis Ende 2021 durchgeführten Ausschreibungen haben 661 Fördernehmer in 1.828 Projekten Förderungszusagen über insgesamt 1,1 Milliarden Euro erhalten. Berechnungen externer Evaluatoren zufolge werden dadurch insgesamt Investitionen in der 2,3 fachen Höhe der Förderungsmittel initialisiert, was einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 2,5 Milliarden Euro entspricht. Insgesamt profitieren von der Initiative Breitband Austria 2020 über 1,1 Millionen Bür

ger:innen. Der geförderte Breitbandausbau findet damit in 1.342 der rund 2.100 österreichischen Gemeinden statt.

Der Lenkungseffekt der Initiative Breitband Austria 2020 führt dazu, dass der Ausbau mit Förderungsmitteln tatsächlich dort erfolgt, wo er aufgrund einer niedrigen Bevölkerungsdichte marktwirtschaftlich nicht darstellbar ist. Ein weiterer wichtiger Erfolg der Initiative Breitband Austria 2020 ist, dass unter Zuhilfenahme der Breitbandförderung seit 2018 auch Risikokapitalgeber am heimischen Telekommunikationsmarkt tätig geworden sind.

*Breitbandausbau auf Gemeinde Ebene. Datenstand: Q1 2022
Quelle: Breitbandatlas.gv.at*





1,4 Mrd €

Investitionen Österreichs
in digitale Zukunft bis 2026

Neue Instrumente bei Initiative Breitband Austria 2030

Auf Basis der Breitbandstrategie 2030 hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) unterschiedliche Förderinstrumente entwickelt. Sie sollen die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-fähigen Zugangsnetzen sowie die Errichtung neuer symmetrischer Gigabit-Anbindungen verbessern. Im Mittelpunkt stehen öffentliche Einrichtungen und Unternehmen. Im Frühjahr 2022 startete die erste Ausschreibungsrunde der Initiative Breitband Austria 2030 mit einem Volumen von 660 Millionen Euro. Dabei handelte sich um das größte Breitbandförderpaket, das in Österreich je umgesetzt wurde. Zielgruppen sind Länder, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Telekombetreiber und KMU. Der Verfügbarkeitsgrad mit Gigabit-fähigen Festnetzanschlüssen liegt in Österreich bereits bei 57 Prozent. Für bereits 84 Prozent der Haushalte besteht eine 5G-Mobilfunkverfügbarkeit (Stand: Q4/2021).



SC Mag. Andreas Reichhardt
sieht die Weichen Richtung
Digitalnation gestellt:

„Die letzten Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass eine funktionierende digitale Infrastruktur das Fundament einer modernen Gesellschaft ist. Der flächendeckende Breitbandausbau bis 2030 mit festen und mobilen Gigabit-fähigen Anschlüssen gehört daher zum Kernelement aller Bestrebungen im Bereich der Telekommunikationssektion. Bis 2026 werden zusätzliche 1,4 Mrd Euro in unsere digitale Zukunft investiert, dies hat es in Österreich bis dato noch nie gegeben. Mit dem weiteren 5G Ausbau entstehen neue Chancen für die Wirtschaft und den Standort Österreich. Mit gezielten Fördermaßnahmen wie der GigaApp Förderung und damit einhergehenden Initiativen wie der Gigabit Academy, wurden Begleitmaßnahmen ermöglicht um 5G in seinem vollen Spektrum zu erfassen. Mit der Bereitstellung der benötigten Frequenzbänder haben wir die Weichen gestellt, um Österreich zu einer der führenden Digitalnationen weiterzuentwickeln.“



BETTER TOGETHER





So gestaltet Österreich die digitale Trans- formation

Ausgewählte Projekte
der Ressorts

Bundeskanzleramt
der Republik Österreich

Sicher, effizient und krisenfest

Das Bundeskanzleramt (BKA) setzt Mittel des Digitalisierungsfonds gezielt ein, um die IT-Konsolidierung zu forcieren und die Krisensicherheit von IT-Services zu gewährleisten.



CDO Erich Albrechtowitz

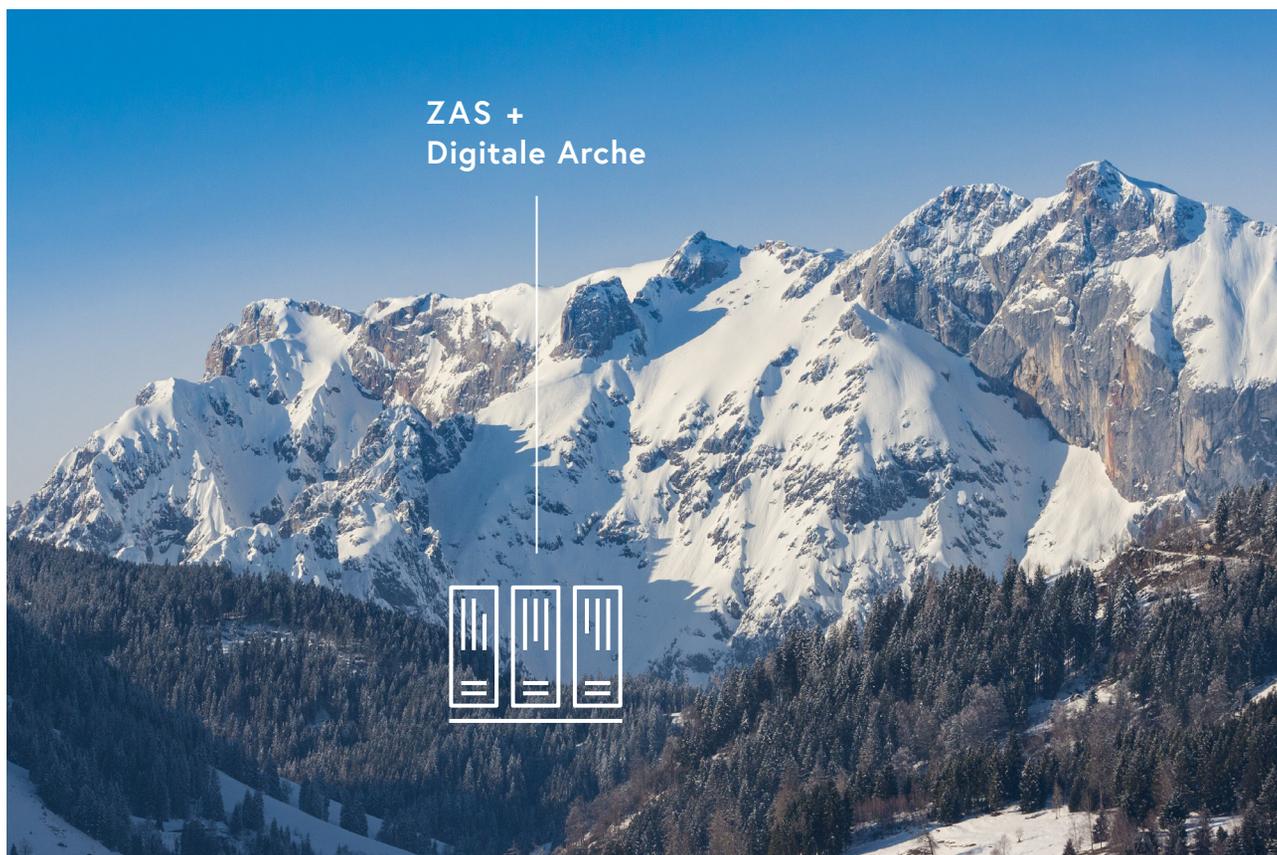
„Eine krisensichere digitale Infrastruktur wird immer wichtiger. Der Digitalisierungsfonds eröffnet dafür neue Möglichkeiten.“

IT-Konsolidierung im BKA

Das Bundeskanzleramt hat sich im Rahmen der IT-Konsolidierung im Jahr 2021 zum Ziel gesetzt, die Rechenzentrumsinfrastruktur des Bundeskanzleramtes in die BRZ zu verlagern. Damit soll u.a. ein Beitrag zur Zusammenführung der Server- und Storage-Systeme in der BRZ GmbH als zentraler Dienstleister sowie zur Reduktion der Rechenzentrumsräume in der Bundesverwaltung geleistet werden.

In der ersten Phase des Projekts wurde die Konzeption (Zielsystem, Vorgehensweise) erarbeitet. In der zweiten Phase erfolgte die konkrete Umsetzung. Dafür wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen (Netzwerkanbindung, Bereitstellung der Server- und Storage-Kapazitäten in der BRZ) und in der Folge mit der Transition der Server in die BRZ GmbH begonnen. Mit Ende 2021 waren rund 60 % der Server bereits in der BRZ GmbH im Produktionsbetrieb im Einsatz. Der Abschluss war mit Ende März 2022 vorgesehen. Zeitlich versetzt wurde ein Changemanagement gestartet, um Organisation und Prozesse optimal der Situation als Auftraggeber anzupassen.





Shared Infrastructure im Zentralen Ausweichsystem des Bundes

Die Nutzung von „Shared Infrastructure“ (Bereitstellung von Infrastructure as a Service und Plattform as a Service) in einem krisensicheren Rechenzentrum für alle Ressorts und Institutionen des Bundes, der Länder und der Gemeinden ist Ziel eines weiteren, aus dem Digitalisierungsfonds geförderten Projekts des Bundeskanzleramts. Das Zentrale Ausweichsystem des Bundes (ZAS) in St. Johann, welches bereits für zahlreiche nationale und internationale Institutionen ein wichtiger und krisensicherer Rechenzentrumsstandort ist, wird hierzu weiter ausgebaut. Bisher lag das Schwergewicht auf der Bereitstellung servierter Rechenzentrumsstellfläche zum Betrieb hochverfügbarer Systeme, was jedoch Synergien limitierte und heterogene Systemlandschaften zur Folge hatte. Mit den Mitteln aus dem Digitalisierungsfonds wurden 2021 durch das BKA in Zusammenarbeit mit dem BRZ die Grundlagen für die Entwicklung und Bereitstellung einer Shared Infrastructure zur Nutzung von Bedarfsträgern aus Bund, Ländern und Gemeinden vorbereitet.

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

Digitale Arche Österreich – Daten für die Ewigkeit

Mit der Digitalen Arche Österreich soll das gesamte digitale Gedächtnis Österreichs „für die Ewigkeit“ erhalten bleiben. Den Gedächtniseinrichtungen und der Verwaltung wird die Möglichkeit gegeben, ihre Daten an einem krisensicheren Ort aufzubewahren und langfristig zu erhalten. Die „Digitale Arche“ lässt sich als Kombination eines extrem sicheren, autarken und resilienten Standortes mit einem zuverlässigen und sicheren Betreiber beschreiben, der zu diesem Zweck moderne und nachhaltige Technologie einsetzt. Ergänzt wird dies durch den Einsatz von effizienten Daten-Management-Prozessen und -Prinzipien, mit denen besonders bedeutsame und schützenswerte Daten souverän, wiederauffindbar und im höchsten Maße sicher und sehr langfristig gespeichert und verarbeitet werden können. Die Digitale Arche ist bereits in Betrieb und befindet sich im „Zentralen Ausweichsystem des Bundes“ in St. Johann im Pongau. Derzeit wird das Gütesiegel „Digitale Arche“ entwickelt. Dieses können Betreiber und Nutzer der Digitalen Arche künftig erwerben und damit ihr Interesse an Erhaltungsmaßnahmen ihrer Daten ausdrücken.

Bundesministerium
für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort



Einfach digital

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) setzt mit Unterstützung des Digitalisierungsfonds wegweisende Maßnahmen für eine moderne digitale Verwaltung um.



BMDW-CDO
Mag. Wolfgang Ebner

Analyse und Konzept für erfolgreiche IT-Konsolidierung

Bei der IT-Konsolidierung des Bundes spielt das BMDW mit Analysen und Umsetzungskonzepten für standardisierte Bundes-IT-Services eine zentrale Rolle. Im Mittelpunkt stehen die Services Video-Konferenzsystem, ServiceDesk, Lizenzmanagement, Standardarbeitsplatz und sichere Basisdienste sowie RZ Infrastruktur Services. Auch die ressortübergreifende Grundlagenerarbeitung, die Verhandlung von Bundeslizenzen oder die Erstellung eines Shared Services-Katalogs sind Gegenstand der Leistungen des BMDW. Die darauf aufbauenden Umsetzungsprojekte werden nach Freigabe durch den Lenkungsausschuss zur IT-Konsolidierung gestartet.

„Unsere modernen Verwaltungsservices sparen Menschen und Unternehmen Zeit und Geld. Was ganz einfach digital geht, ist besser für Standort sowie Bürger:innen.“



ONCE-ONLY-PRINZIP



bis zu

1,9 Mrd €

Einsparungspotenzial

*Informationsverpflichtungen
werden einfach, sicher
und zeitsparend umgesetzt*



BUNDES-CDO
SCin Mag.a Maria Ulmer

„Österreichs Spitzenposition bei digitalen Services im D-A-CH Raum basiert auf einer klaren Innovationsstrategie und konsequenter Bürgernähe. Diesen Weg setzen wir gemeinsam weiter um.“

Once-Only bringt weniger Bürokratie

Das „Once-Only“-Prinzip steht für die einmalige Erfassung von Daten sowie den verwaltungsinternen Austausch bereits erfasster Daten. Damit können Informationsverpflichtungen einfach, sicher und zeitsparend umgesetzt werden. Das damit verbundene Einsparungspotenzial wird auf 1,6 bis 1,9 Mrd Euro geschätzt (Quelle: Accenture/ICG). Das BMDW forciert aus Mitteln des Digitalisierungsfonds die Schaffung der dafür notwendigen Basisinfrastruktur. Diese besteht aus der Informationsverpflichtungsdatenbank (IVDB) sowie dem Register- und Systemverbund (RSV). Die Datenbank dient dazu, Informationsverpflichtungen der Ressorts zentral zu erheben, Optimierungspotenziale zu erkennen und die rechtlichen Grundlagen für den Datenaustausch via RSV zu gewährleisten. Der operative behördeninterne Datenaustausch steht für unterschiedliche Anwendungsfälle der Wirtschaft bereit, die dadurch künftig deutlich weniger Aufwand bei der Erfüllung von gesetzlichen Informationspflichten hat.

„Single-Digital-Gateway“ richtig umsetzen

Um digitale öffentliche Dienste und Informationen über alle Mitgliedstaaten hinweg über das EU-Portal „Ihr Europa/Your Europe“ zugänglich und nutzbar zu machen, hat die EU die Single-Digital-Gateway-Verordnung (SDG-VO) erlassen. Damit Österreich länderübergreifende Informationen und digitale

Services anbieten kann, sind umfangreiche Anpassungen, Übersetzungen und Neuentwicklungen von Verfahren, Diensten und Texten notwendig. Alle Gebietskörperschaften und auch Organisationen wie die Sozialversicherung sind davon betroffen. Die SDG-Arbeiten werden vom BMDW koordiniert. Die Bandbreite der Leistungen reicht von Arbeitspaketen auf europäischer Ebene über Durchführungsrechtsakte in Österreich bis zu Weiterentwicklungen nationaler Portale.

Digitale Identität

Mit der ID Austria, der Weiterentwicklung der bereits bewährten Handy-Signatur, wird es Bürger:innen möglich sein, ihre Identität gegenüber elektronischen Anwendungen, Diensten oder Verfahren gemäß den Bestimmungen des E-Government-Gesetzes (E-GovG) und angrenzender Rechtsmaterien (z. B. Signatur- und Vertrauensdienstverordnung), nachzuweisen. Die ID Austria wird es künftig somit ermöglichen, sich online auszuweisen, digitale Services zu nutzen und online Geschäfte abzuschließen. Wesentlich ist auch die Möglichkeit des grenzüberschreitenden Einsatzes, der durch die eIDAS (electronic Identification, Authentication and trust Services)-Kompatibilität gewährleistet wird. Damit können die durch die ID Austria ermöglichten Dienste auch in anderen EU-Mitgliedstaaten genutzt werden.

Bundesministerium
für Arbeit

Arbeitsmarkt besser managen

Das Bundesministerium für Arbeit (BMA) ist Vorreiter bei der Umsetzung der IKT-Strategie des Bundes. Bürger:innen sowie Unternehmen profitieren davon durch rasche Bearbeitungsprozesse und unbürokratische Unterstützungsleistungen.



Wesentliche Weiterentwicklung bei der Online-Stellensuche bietet die Plattform „Alle Jobs“



CDO
Mag. Andreas Moser

„Unsere digitalen Lösungen erleichtern Menschen den Weg zurück in die Arbeit – von der Online-Schulung bis zur Jobvermittlung.“

Weitere Schritte der IT-Konsolidierung

Zahlreiche Prozesse wurden im BMA bereits im Sinne der IKT-Konsolidierung des Bundes in Kooperation mit dem BRZ umgesetzt, unter anderem die Zentralisierung der IT-Infrastruktur, das Hardware- und Software-Asset Management und die Nutzung zahlreicher standardisierter Services. Um die Prozesse innerhalb des Ressorts weiter zu optimieren, ist die Einführung von „One Ticket“ als nächster Schritt geplant. Ziel ist die Schaffung einer digitalen One-Stop-Shop-Lösung für alle Belange der IT.

Digitalisierung der Verwaltung

Durch die Garantie der mobilen Arbeitsfähigkeit können alle Mitarbeiter:innen des BMA von einer innovativen Richtlinie für Telearbeit profitieren. Damit auch Bedienstete ohne Mobiltelefon im Homeoffice ohne Einschränkungen arbeiten können, steht ihnen seit kurzem die Avaya Workplace App zur Verfügung, um die Funktionen des Festnetztelefons auch am Rechner nutzen zu können. Darüber hinaus befindet sich derzeit die Einrichtung eines Single-Sign-On-Systems für alle Bediensteten in Planung, um den Zugang zu vielen digitalen Anwendungen zu erleichtern.



eServices und eAMS-Konto

AMS-Kund:innen können vor allem administrative Dienstleistungen digital von zu Hause aus erledigen, indem sie die eServices auf der Website oder das personalisierte eAMS-Konto nutzen. Das eAMS-Konto ermöglicht es Arbeitssuchenden etwa, sich online arbeitslos zu melden, Förderungen zu beantragen oder sich krank bzw. gesund zu melden. Auch für Unternehmen bringt das eAMS-Konto einen direkten digitalen Zugang zu den Dienstleistungen des AMS. Die Verbesserung der Usability der eAMS-Services soll zu deren vermehrten Nutzung beitragen. Einen zentralen Stellenwert soll zukünftig die Implementierung des Kompetenzmatching einnehmen. Mit diesem Tool soll der automatische Abgleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage auf Basis von Kompetenz- und Qualifikationsindikatoren möglich sein. Auch die Bereitstellung von digitalisierten Schulungsangeboten durch den Einsatz von blended learning und e-learning-Tools soll zu Modernisierung, Kompetenzorientierung und Qualitätsverbesserung des Qualifizierungsangebotes beitragen. Im Rahmen einer Digitalisierungsoffensive wird auch ein Konzept zur Verbesserung der Online-Angebote im Bereich Berufsinformation erarbeitet.



Jobplattform „Alle Jobs“

Eine wesentliche Weiterentwicklung bei der Online-Stellensuche bietet zudem „Alle Jobs“. In „Alle Jobs“ sind neben den beim AMS gemeldeten Stellen auch Stellen anderer Online-Jobportale zu finden. Man findet somit auf einen Klick alle aktuellen Stellenangebote in ganz Österreich. „Alle Jobs“ ist sowohl über die Website des AMS als auch über die AMS Jobs App nutzbar.

Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft
und Forschung



Plattformen für die Zukunft

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) entwickelt dank Digitalisierungsfonds Bildungs- und Verwaltungsinfrastrukturen digital weiter.

Digitale Schule als Teil von bildung.gv.at

Das BMBWF baut die neue Plattform bildung.gv.at als weitere E-Government-Plattform auf und bindet sie in oe.gv.at ein. Damit werden wichtige Bildungs-Services für die Anwenderinnen und Anwender gebündelt. Beispiele dafür sind der Abruf von Schulzeugnissen oder von amtssignierten Mitteilungen der Schule an die Erziehungsberechtigten (z. B. Frühwarnungen). Ausgangsbasis ist die Integration von E-Government-Basistechnologien aus dem Digitalisierungsfonds-Projekt „edu.card in die E-ID einbringen“ in das bestehende Portal Digitale Schule (z. B. edu.IDAM als Stammportal, bPK oder Registerverbundsystem Bildung), im Zuge derer auch das Portal Digitale Schule in die neue Plattform bildung.gv.at eingebunden wird. In der Folge werden damit digitale Identitäten für Lehrende, Schüler:innen sowie Erziehungsberechtigte bereitgestellt, die den durchlässigen Zugang über die verschiedenen Bildungsbereiche zu Bildungsanwendungen, wie z. B. das elektronische Klassenbuch, Lernplattformen und Contentportale wie Eduthek und eduTube per Single-Sign-On ermöglichen. Registerabfragen anderer Behörden werden möglich, wie etwa Schulbesuchsbestätigungen für die Familienbeihilfe, Sozialversicherung oder Schülerfreifahrt.



CDO
SCin Mag.a Dr.in
Iris Rauskala

Aufwertung der Digitalen Grundbildung

Ab dem Schuljahr 2022/23 wird an allen AHS-Unterstufen und Mittelschulen das Pflichtfach Digitale Grundbildung neu eingeführt. Der Pflichtgegenstand wird in der 5. bis 8. Schulstufe mit jeweils einer fixen Stunde im Stundenplan umgesetzt (insgesamt vier Wochenstunden im Verlauf der Sekundarstufe I). Die Digitale Grundbildung soll Hilfestellungen bei der Orientierung und mündigem Handeln im 21. Jahrhundert im Kontext der Digitalisierung geben. Neben der Medienbildung forciert der Lehrplan der Digitalen Grundbildung auch die Informatische Bildung und fungiert in diesem Zusammenhang auch als Vorbereitung auf den Informatikunterricht der 9. Schulstufe an der AHS, welcher zur nahtlosen Anknüpfung an die Digitale Grundbildung überarbeitet werden wird.

„Der Digitalisierungsfonds ermöglicht es, die digitale Transformation in der Bildung zu beschleunigen – zum Nutzen aller, die Bildung anbieten und nutzen.“

Universitäten und digitale Transformation

Digitale Transformation als Querschnittsthema an den Universitäten und Hochschulen wird in vielfältiger Weise durch das BMBWF weiter vorangetrieben. Konkret sichtbar wird dies auch in den aktuellen Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2022 bis 2024, bei denen alle 22 öffentlichen Universitäten einen Schwerpunkt auf Digitale Transformation legten, sei es beispielsweise in ihren Lehr- und Lernmethoden („Neue Lernwelten“) oder in Open Science und der weiteren Öffnung des Forschungsprozesses. Ab dem Studienjahr 2023/24 soll auch die neue Technische Universität für Digitalisierung und digitale Transformation in Oberösterreich schrittweise ihren Betrieb aufnehmen.



Bundesministerium
für europäische und internationale
Angelegenheiten

Service ohne Grenzen

Das Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten (BMEIA) unterstützt Österreicher:innen im Ausland mit innovativen und sicheren digitalen Services.



CDO
Doris Fida-Srajner

„In kritischen Situationen sichern digitale Tools rasche Information und konkrete Unterstützung. Damit können wir noch mehr für unsere Landsleute im Ausland tun.“



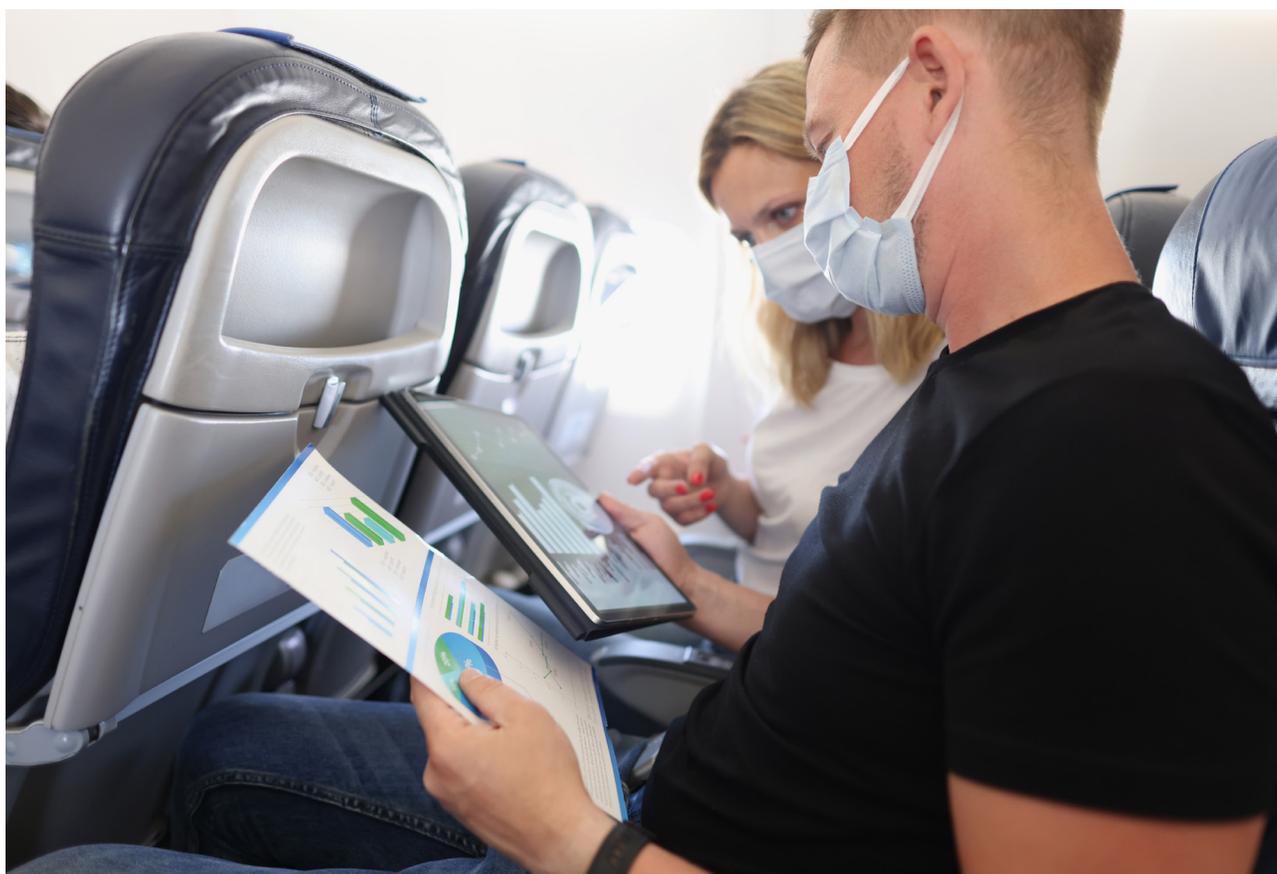
*Die Auslandsservice-App hilft
in Not geratenen Reisenden und
Auslandsösterreicher:innen*

Aktive Information in Krisenfällen

Die Auslandsservice-App des BMEIA ist ein wichtiges Tool, um Bürger:innen Hilfe und Unterstützung im Ausland effizient und effektiv zukommen zu lassen (z. B. Auslandsrückholungen während der Corona-Krise, aktuelle Einreiseregulungen). Die Auslandsservice-App ermöglicht, insbesondere in Not geratene Reisende, Auslandsösterreicher:innen proaktiv zu kontaktieren und im Krisenfall zu informieren. Aus den Mitteln des Digitalisierungsfonds verknüpft das BMEIA daher seine Auslandsservice-App mit dem Digitalen Amt. So können nach einem App2App-Single Sign-on (SSO) Push-Notifikationen direkt über die App übermittelt werden, um Gefahrenlagen individuell abfragen zu können. Technisch wird auch die damit verbundene BMEIA-Datenbank optimiert. Dadurch wird der Informations- und Servicecharakter deutlich gestärkt. Dies ist unabdingbar für ein effektives Krisenmanagement.

Anbindung an „AnNa“

Das BMEIA hat die Vertretungsbehörden im Ausland an die zentrale Aufenthalts- und Niederlassungsanwendung (AnNA) angebunden. Diese Anwendung kann von allen Aufenthaltsbehörden genutzt werden. Die Eingabe der Daten und Unterlagen erfolgt durch die Vertretungsbehörden. Der Originalakt wird in weiterer Folge digital an die zuständigen Inlandsbehörden übermittelt.



Dokumente mit elektronischer Identität beantragen

Im Inland können Bürger:innen mit Handy-Signatur benötigte Dokumente (z. B. Personenstands-dokumente, Staatsbürgerschaftsnachweise) aus dem Zentralen Personenstandsregister und dem Zentralen Staatsbürgerschaftsregister (Betreiber: BMI) bereits online abfragen bzw. beantragen. Diese Dokumente sind mit einer Amtssignatur versehen und zum Gebrauch im Inland vorgesehen. Für Österreicher:innen im Ausland war das bisher nicht möglich: Für die Verwendung von Dokumenten aus dem Zentralen Personenstands- und Staatsbürgerschaftsregister braucht der Antragsteller im Ausland händisch unterfertigte und je nach Übereinkommen im jeweiligen Land beglaubigte Dokumente.



Mit einem neuen Dokumenten-Online-Tool (DOT) für die Vertretungsbehörden wird das Verfahren künftig spürbar vereinfacht werden. Mit der Einführung des Elektronischen Identitäts-

ausweises (ID Austria) wird die Beantragung von derartigen Dokumenten für Bürger:innen mit Wohnsitz im Ausland auch online ermöglicht. Die Antragslegitimation wird durch die ID Austria sichergestellt. Die Dokumente werden von der Österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland ausgestellt und falls erforderlich auch mit einer Apostille versehen.

Bundesministerium

für Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Mit Daten Gesundheit schützen

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) stellte mit Digitalisierungsmaßnahmen Grundpfeiler der Pandemiebekämpfung bereit.



CDO
SCin Mag.a Dr.in
Brigitte Zarfl

**„Daten können Leben retten
und mehr Gesundheit
ermöglichen. Nicht nur bei
der Pandemiebekämpfung
eröffnen uns digitale Weiter-
entwicklungen neue Hand-
lungsspielräume.“**

Epidemiologisches Meldesystem

Das Epidemiologische Meldesystem (EMS) fungiert als „Radar“ der Pandemieentwicklung. Als Basis für die Arbeit der Gesundheitsbehörden und auch als Quelle für Genesenzertifikate leistete die zentrale Datendrehscheibe zwischen Bezirken, Ländern und Bund (inklusive AGES) entscheidende Beiträge zum Pandemiemanagement. Bezirks- und landesübergreifende Workflows sorgen für zeitnahe Quarantänemaßnahmen, durchgängige digitale Prozesse - von Laboren bis zur EU und WHO - für rasche Datenübermittlung. Dashboards konnten auf dieser Grundlage zum Teil in Echtzeit erstellt werden. Die EMS-Daten bildeten die Grundlage für Prognosen zur Pandemieentwicklung und sind seit 2022 als Teil der COVID 19 Registerdaten wesentlich für die Forschung.

Grüner Pass

Das Gesundheitsressort legte im Mai 2021 fest, dass zum Betreten bestimmter Orte der Nachweis eines „3G“-Zertifikats (Getestet, Geimpft, Genesen) erforderlich ist. Dieser „3G“-Nachweis kann auch digital in Form eines QR-Codes erbracht werden. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten sich darüber verständigt, einen in allen Mitgliedsstaaten anerkannten Code zu definieren und diesen ab 1. Juli als Nachweis

der 3G-Regel beim Grenzübertritt zu akzeptieren. Österreich hat gemeinsam mit den anderen Mitgliedsländern zentrale Elemente für die Erstellung des EU weit verwendeten Zertifikates beigesteuert. Die Funktionalitäten bestehen aus dem EPI Service, das alle in Österreich erzeugten Zertifikate erstellt (d.h. alle Test-, Genesen- und Impfzertifikate) und der Grünen Pass Wallet App für die datenschutzkonforme Verwahrung der Zertifikate. Bis 31.1.2022 wurden im BRZ EPI rund 107,4 Mio Zertifikate erstellt.

Aktion Österreich testet

Zu den vom BMGSPK unterstützten Services für die Pandemiebekämpfung zählen neben dem Pre Travel Clearance-Einreiseformular für grenzüberschreitenden Verkehr und einem Kapazitätserhebungstool für Auslastung und Skalierung der Intensivbetten auch die Plattformen für die Aktion „Österreich testet“ für Apotheken und das betriebliche Testen. Zudem wurden auch die Plattformen für die Teststraßen in den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich, Kärnten und Burgenland bereitgestellt. Als letzten Baustein konnten auch alle Ärzte einfach, schnell und e-governmentkonform an die Testplattformen angebunden werden.



Digital zu mehr Lebensqualität

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) setzt auch digitale Projekte für gesunde Tiere und Lebensmittel ein und um.



Mehr Tiergesundheit

In den kommenden Jahren werden Green Deal, Farm2Fork-Strategie, EU-Tiergesundheitsrecht, EU-Tierarzneimittelrecht oder Reduktion des Antibiotikaeinsatzes die Landwirtschaft fordern. Zur effizienten Bearbeitung dieser Themen ist eine Konsolidierung der umfangreichen vorhandenen Daten rund um die Tiergesundheit zweckmäßig. Im Rahmen des Projektes „Animal Health Data Service“ (AHDS) sollen entsprechende Daten und Erkenntnisse für Stakeholder in einer Web-Applikation aufbereitet werden. Die App soll in Zusammenhang mit der Neukonzeption des österreichischen Tiergesundheitsdienstes ausgerollt werden.

Digitales Tierzukauf-Genehmigungsverfahren

Konventionelle Tierzukäufe sind durch Landwirte bei mangelndem Angebot an Bio-Tieren durch die Behörde zu genehmigen. Dafür gibt es bisher kein digitales Verfahren. Künftig müssen auch Jungtierzukaufe genehmigt sowie das mangelnde Angebot gemäß Tierdatenbanken nachgewiesen werden. Ziel des aus dem Digitalisierungsfonds geförderten BMSGPK-Projektes „Tierzukauf-Genehmigungsverfahren für das BIO-Kontrollsystem“ ist die Schaffung eines durchgehend digitalen Verfahrens, das Landwirte, Behörden und Kontrollstellen bei Abwicklung und Verwaltung unterstützt.



Tierzukauf-Genehmigungsverfahren für das BIO-Kontrollsystem zukünftig digital

One-Stop-Shop für Lebensmittel-Exporte

Im Verbrauchergesundheitsinformationssystem (VIS) sind alle Betriebe entlang der Lebensmittelkette registriert. Exportorientierte Betriebe verfügen im VIS über eine Zulassung gemäß der entsprechenden EU-Verordnung, sie müssen aber darüber hinaus je nach Zielland und Situation unterschiedliche Anforderungen erfüllen. Dieses BMSGPK-Projekt will alle lebensmittelrechtlichen Aktivitäten, die für einen Export in ein Drittland erforderlich sind, in einem One-Stop-Shop-Verfahren unter Nutzung aller bereits verfügbaren Informationen abwickeln. Zusätzlich erforderliche Unterlagen (wie Kontrollergebnisse, Antragsunterlagen, Pläne, Korrespondenzen mit der zuständigen Behörde) sollen ebenso wie die Behördenentscheidung transparent und nachvollziehbar vorliegen. Die Verbindung ins ELAK-System des jeweiligen Bundeslandes soll Doppelgleisigkeiten und Fehleranfälligkeit minimieren.

Mit Daten gegen das Virus



1,4 Mio

Genesungszertifikate

88,2 Mio

Testzertifikate

17,8 Mio

Impfzertifikate

wurden durch das BRZ EPI erstellt.
STAND 31.01.2022

Zu den wichtigen gesundheitspolitischen Taten im Kampf gegen die Corona-Pandemie zählt der umfassende Einsatz von Daten. Der Grüne Pass ist dafür ein internationales Schlüsselprojekt.

Dass die Digitalisierung neue Möglichkeiten eröffnet, um durch die bessere Nutzung von Daten Gesundheit und Menschenleben zu schützen, hat sich im bisherigen Verlauf der Corona Pandemie klar gezeigt. Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden und werden durch digitale Lösungen erst möglich bzw. deutlich verstärkt. So hat sich das Epidemiologische Meldesystem EMS auch als „Radar“ der Pandemie bewährt (Seite 40), das prognostisch abgesicherte Entscheidungen ermöglichte. Digitale Tools und Abläufe haben sich auch bei den Corona Testungen bezahlt gemacht. Mit seinem bisherigen Testangebot hat Österreich auch international eine Vorreiterrolle eingenommen. Ein Schlüsselprojekt für den digitalen, grenzüberschreitenden Kampf gegen die Pandemie war die Entwicklung des „Grünen Pass“, der auf einem in allen Mitgliedstaaten anerkannten QR-Code basiert.

Österreichs Weg zum Grünen Pass

Für die Umsetzung des Grünen Pass in Österreich hat die Gesundheitspolitik im Mai 2021 die Grundlagen geschaffen: Mit der Verordnung vom 10. Mai 2021 legte der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz fest, dass zum Betreten bestimmter Orte der Nachweis eines „3G“-Zertifikats (Getestet, Geimpft, Genesen) erforderlich ist. Dieser Nachweis sollte mit einem Impfpass, einer Testbestätigung oder einem Genesungszertifikat erbracht werden. Kann der Nachweis nur analog erbracht werden, so bedeutet dies bei einer hohen, in kurzer Zeit zu kontrollierenden Zahl an Personen einen erheblichen Aufwand. Am 26. Mai beschloss der Nationalrat, dass der „3G“ Nachweis auch digital in Form eines QR-Codes erbracht werden kann.



Von Grönland über die Arabischen Emirate bis nach Neuseeland: Wo der Grüne Pass im Einsatz ist.

Zertifikatsregister schafft Vertrauen

Auf EU Ebene war man in der Zwischenzeit übereingekommen, einen in allen Mitgliedsstaaten anerkannten Code ab 1. Juli als Nachweis der 3G Regel beim Grenzübertritt zu akzeptieren. Eine „EU Lösung“, die alle Mitgliedsstaaten übernehmen konnten, gab es beim Grünen Pass nicht. Das bedeutete, dass jedes Land eine technische Lösung zur Erzeugung und Validierung eines oder mehrerer QR-Codes entwickeln musste, der von allen Mitgliedsstaaten akzeptiert wird. Das notwendige Vertrauen in die jeweiligen Zertifikate wurde mit einem zentralen Zertifikatsregister abgesichert: Jedes Land musste eine Liste gültiger (vertrauenswürdiger) Aussteller zertifikate bereitstellen („Trustliste“). In der Praxis bedeutete diese Übereinkunft: Wurde ein QR-Code mit einem Zertifikat erstellt, das nicht im EU Zertifikatsregister vermerkt ist, zeigte die Prüfung - etwa bei einer Grenzkontrolle - ein ungültiges Zertifikat und somit einen ungültigen QR-Code an.

Umsetzung in Österreich

In Österreich entwickelte das BRZ das Epidemiologische Informationssystem „BRZ EPI“ als Grundlage für den Grünen Pass. Bereits seit Anfang 2021 wurde das BRZ EPI im Auftrag des Gesundheitsressorts betrieben. Darin laufen Daten aus dem elektronischen Impfpass, den Teststraßen (aus Betriebstestungen, Apotheken sowie Teststraßen in allen Bundesländern), Laboren sowie dem Epidemiologischen Meldesystem des Bundes (EMS) zusammen. „Das BRZ hat mit der Umsetzung des Grünen Passes und dem BRZ EPI als Knotenpunkt für verschiedene Anwendungen ein hochsicheres, datenschutzrechtlich unbedenkliches und stabiles System auf die Beine gestellt, trotz komplexer Schnittstellen und unter hohem Zeitdruck. Regelmäßige Penetrationstests („PEN Tests“) und

die Abwicklung in einer hochmodernen, skalierbaren technischen Umgebung stellen den Betrieb rund um den Grünen Pass sicher“, bilanziert dazu das BRZ Magazin *read it (2/21)*. Eine Besonderheit der Lösung ist die 100%ige Übereinstimmung mit EU Vorgaben. Möglich wurde die EU kompatible Umsetzung in Österreich durch die Kooperation zwischen BRZ und dem Zentrum für sichere Hochtechnologie A SIT Plus. A SIT Plus beriet die EU Kommission bei der Erstellung der Referenzarchitektur und war damit wichtiger Ansprechpartner des BRZ. Alle aus dem BRZ EPI generierten Codes sind daher für Kontrollierende im Ausland, die ebenfalls den EU Vorgaben folgen, prüfbar.

Einfach und sicher

Mit dem „Grünen Pass“ als digitale Lösung können Personen seither ihr „3G“ Status Testzertifikat, Impf zertifikat oder Genesungszertifikat einfach digital am Smartphone mit einem QR-Code nachweisen. Die Prüfung des QR-Codes kann in wenigen Sekunden durch eine Web App erfolgen. Dabei werden keine persönlichen Daten übermittelt. Die Prüfung erfolgt nur im Gerät des Prüfenden. Bei der Umsetzung der Lösung zum Grünen Pass werden somit alle relevanten Datenschutzbestimmungen eingehalten und stets nur ein minimales Set an Daten übertragen, das für eine Prüfung notwendig ist. Im BRZ EPI werden keine Daten über Zeitpunkt, Ort oder Ergebnis einer QR-Code Prüfung gespeichert. So verbindet der Grüne Pass den Schutz der Gesundheit optimal mit dem Schutz persönlicher Daten. Die Bilanz des Grünen Passes (siehe Grafiken) zeigt, dass sich dieses innovative Instrument im Kampf gegen die Pandemie mehr als bewährt hat.

Bundesministerium
für Finanzen

Effizient und bürgernahe

Mit innovativen, für die gesamte Verwaltung relevanten Projekten unterstützt das Bundesministerium für Finanzen (BMF) Effizienz, Einsparungen und Transparenz.



CDO
Dr. Manuel Zahrer

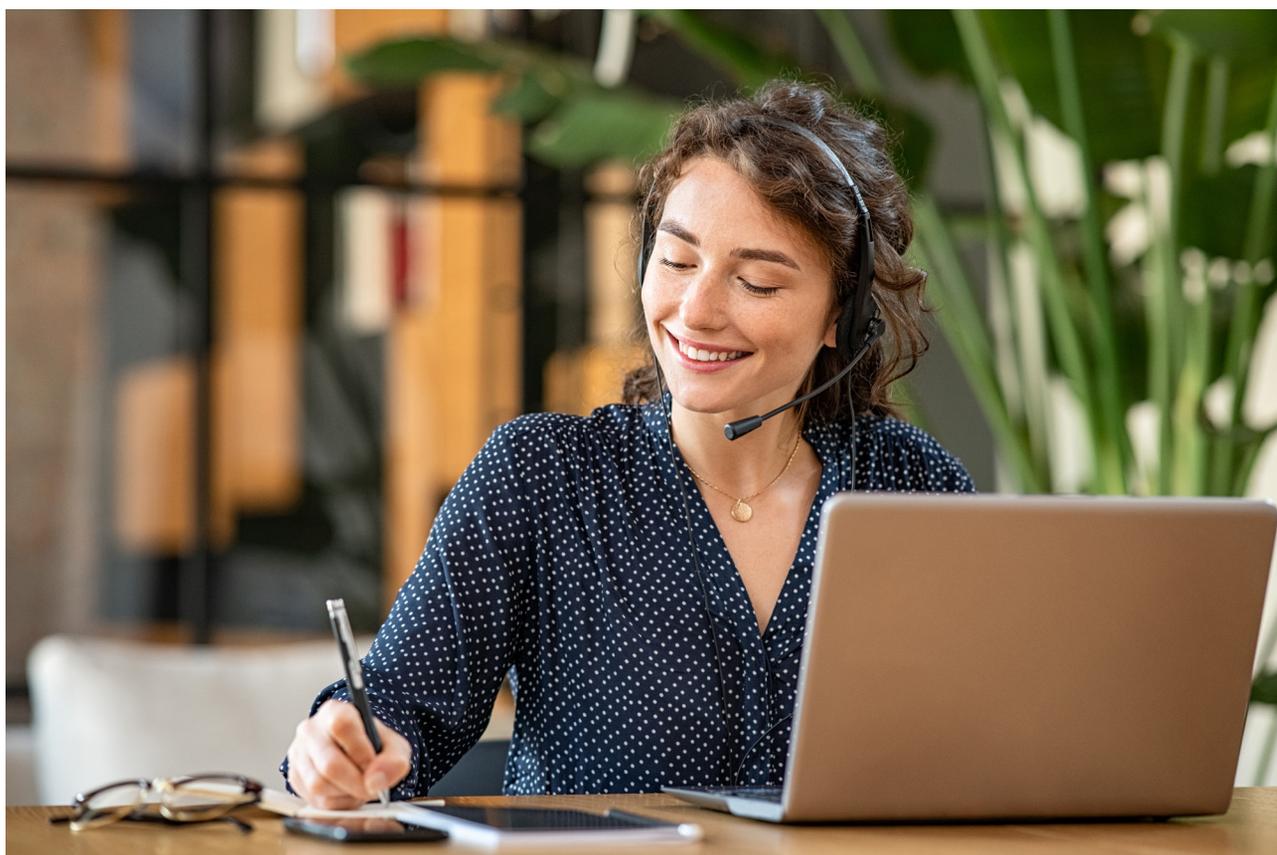
„Digitale Lösungen erhöhen die Servicequalität der Verwaltung und die Steuergerechtigkeit für Unternehmen und Bürger:innen.“

FinanzOnline

Die App FinanzOnline ist ein besonderer Service für Privatpersonen. Steuerlich relevante Ausgaben – wie beispielsweise Werbungskosten oder Außergewöhnliche Belastungen – können einfach, elektronisch und effektiv erfasst werden. Es kann dabei aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Erfassungskategorien gewählt werden. Diese sind mit einer Stichwortsuche verknüpft, sodass Anwender:innen ganz einfach die richtige Kategorie für ihre Belegerfassung finden. Im Hintergrund sind die Erfassungskategorien wiederum automatisch den richtigen Kennzahlen für Werbungskosten, Außergewöhnliche Belastungen sowie Sonderausgaben zugeordnet. Das ermöglicht am Ende des Jahres eine rasche Erstellung der Arbeitnehmerveranlagung. Zudem ist eine direkte, sichere Anbindung an die Finanzverwaltung gegeben. In der App kann darüber hinaus der Großteil der benötigten Kennzahlen direkt ermittelt werden. Die User:innen können die L1-Light Arbeitnehmerveranlagung direkt aus FinanzOnline elektronisch einbringen. Alternativ gibt es auch die Möglichkeit, die in FinanzOnline ermittelten Kennzahlen an FinanzOnline zu übermitteln, um dort die Vervollständigung der Arbeitnehmerveranlagung abzuschließen.

One Stop Shop (OSS)

Im Juli 2021 wurde im Zuge der Implementierung der E-Commerce Regelungen eine Erweiterung des bisher bestehenden EU-weiten Mini-One-Stop-Shop (MOSS) zu einem One-Stop-Shop (OSS) umgesetzt. Der OSS ist ein elektronisches Portal, über das Unternehmen Umsatzsteuer für bestimmte Umsätze ab 1. Juli 2021 an einer Stelle erklären und bezahlen können. Innerhalb der EU gibt es drei verschiedene One-Stop-Shop Schemen: Über den EU-OSS können sonstige Leistungen an Nichtunternehmer:innen, innergemeinschaftliche Versandhandelsumsätze und bestimmte Umsätze einer Plattform erklärt werden. Über den Import One-Stop-Shop (IOSS) können sowohl EU-Unternehmen als auch Drittlandsunternehmen Einfuhr-Versandhandelsumsätze erklären. Für den Nicht-EU-OSS (eVAT) können sich nur Drittlandsunternehmen registrieren, um dort ihre Umsatzsteuer für Dienstleistungen an Nichtunternehmer:innen zu erklären.



Digitaler Kundenverkehr mittels Videokontakt

In den letzten Jahren hat das BMF eine Reihe von Schritten gesetzt, um den Bürger:innen die Kontaktaufnahme mit der Verwaltung zu vereinfachen. Bestehende Kanäle wurden ausgebaut und neue geschaffen. Im digitalen Kundenverkehr fehlte aber bisher noch das notwendige Tool, um Bürger:innen etwa beim Ausfüllen von Formularen oder bei der Bedienung von FinanzOnline per Videokontakt behilflich zu sein. Die Bereitstellung dieses wichtigen neuen Kontaktkanals wurde 2021 begonnen. 2022 wird der Start des operativen Betriebs erfolgen.



*App FinanzOnline: einfache Erfassung
steuerlich relevanter Ausgaben*

Bodenwertabfrage

Entsprechend der Verordnung zur Festlegung der Ermittlung des Grundstückswertes kann dieser Grundstückswert aufgrund des Bodenwertes ermittelt werden. Dazu gibt es seit 17. Dezember 2015 eine Möglichkeit der Abfrage in FinanzOnline, wobei Bedienstete der Finanzverwaltung die weitere Erledigung bisher manuell vornehmen mussten.

Im Februar 2021 wurde daher die neue Bodenwertabfrage produktiv gesetzt: Bei diesem neuen Prozess werden die Bodenwerte, sofern digital vorliegend, nun direkt aus dem Grundbesitzinformationssystem (IT-Verfahren für die Einheitsbewertung) ermittelt und dem Parteienvertreter in FinanzOnline sofort elektronisch zur Verfügung gestellt. Durch diesen Schritt ist eine wesentlich raschere Erledigung möglich. Da in einigen Fällen der Bodenwert nur im Papierakt vorhanden war, wurde außerdem eine Aktion zur Digitalisierung dieser Werte durchgeführt.

Bundesministerium
für Inneres



Sicher digital

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) geht bei der Online-Weiterbildung innovative Wege für mehr Sicherheit.

E-Learning und Blended Learning

Die Lernplattform e-Campus vermittelt 39.000 Bediensteten des BMI praxisorientiertes Wissen in Online-Schulungen. Das E-Learning-Center des BMI setzt die Online-Schulungen technisch so um, dass die Lernenden zeit- und ortsunabhängig das benötigte Wissen erlernen und auch selbstständig überprüfen können. Beispiele für das Angebot sind Online-Schulungen zu bundesweiten Wahlen für die an Wahlen beteiligten Personen (Wahlleiter, Wahlbeisitzer), die Grundschulung „Staat und Recht“ für Zivildienstleistende oder die Online-Schulung „Demenz.Aktivgemeinde“ zur Sensibilisierung von Gemeindebediensteten für Handlungssicherheit im Umgang mit Demenz. Auch andere Ressorts wollen die Leistungen des e-Campus für die eigenen Ressortbediensteten nutzen.



CDO
Ing. Mag. Markus Popolari

„Die mit Unterstützung des Digitalisierungsfonds ermöglichten Projekte erhöhen die innere Sicherheit und unterstützen unsere Exekutive bei ihren fordernden Tätigkeiten.“

Online-Lehrgang für Online-Schulungen

Aufgrund der COVID-19 Krisensituation wurde von vielen Vortragenden der Wunsch geäußert, bei der Erstellung von Schulungsmaßnahmen, die online stattfinden müssen, Hilfestellungen zu bekommen. Deshalb hat das E-Learning-Center des BMI 2020/2021 einen Online-Lehrgang konzipiert, der haupt- und nebenamtliche Vortragende bei der Konzipierung von Schulungsmaßnahmen im virtuellen Raum unterstützt. Der Online-Lehrgang vermittelt in zwei Teilen u.a. Basiswissen der Mediendidaktik und praxisfokussierte Impulse zur (Neu-)Gestaltung von digitalen Unterrichtsszenarien. Der Lehrgang wird jeweils mit einer im Rahmen eines Webinars vorgestellten Abschlusspräsentation abgeschlossen.

Elektronisches Dokumentations- und Prozessmanagement

Insbesondere im Bereich der Landespolizeidirektionen werden die Personalakte in Papierform erstellt und in Ablageordnern archiviert. Eine moderne und flexible Personalverwaltung benötigt einen schnellen, ortsunabhängigen und aktuellen Zugriff auf Daten und Dokumente eines Bediensteten sowie die voll-elektronische Abwicklung aller personalrelevanten Geschäftsfälle über standardisierte Workflows. Mit Einführung des elektronischen Dokumentations- und Prozessmanagements – eDok/Pro wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des BMI als effiziente und produktive Organisation durch die IT-gestützte Optimierung von Geschäftsprozessen gesetzt.

Sichere digitale Identität

Auf der Basis des E-Government-Gesetzes wurde 2021 die gemeinsame Weiterentwicklung des bestehenden Bürgerkartenkonzeptes zu einem digitalen Identitätsmanagement „ID Austria“ durch BMI und BMDW fortgesetzt und eine sichere E-ID Systemarchitektur entwickelt. In einer Pilotphase wird das System umfassend getestet, um die beste Qualität für den offiziellen Start sicherzustellen.

Mit der ID Austria können Bürger:innen Ihre Identität gegenüber digitalen Anwendungen und Diensten nachweisen. Die ID Austria ist somit der Schlüssel zu sicheren digitalen Services. Die Gewährleistung der Datensicherheit und des Schutzes persönlicher Daten haben dabei höchste Priorität.

Der Start der gesetzlich vorgesehenen Pilotphase für einen behördlichen bürgerfreundlichen Registrierungsprozess erfolgte im Jänner 2021. Bürger:innen können ihre ID Austria bei ausgewählten Registrierungsbehörden erhalten oder sich diese bei Beantragung eines neuen Reisepasses und Personalausweises bei teilnehmenden Pilotbehörden auf freiwilliger Basis automatisch mitausstellen lassen. Mit Stand Dezember 2021 nahmen mehr als 400 behördliche Registrierungsstellen (Passbehörden, Gemeinden, Landespolizeidirektionen und Vertretungsbehörden) an diesem Pilotbetrieb teil.

Die eIDAS-Verordnung schafft den Rechtsrahmen zur gegenseitigen Anerkennung der verschiedenen elektronischen Identitäten innerhalb der EU-Mitgliedstaaten.

Bundesministerium
für Justiz

Vereinfachter Zugang zur Justiz

Das Bundesministerium für Justiz (BMJ) erweitert die digitalen Serviceleistungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften für Bürger:innen und Unternehmen und schafft die Basis für eine stärkere Vernetzung im österreichischen E-Government.



CDO
Mag. Martin Hackl, BSc

„Bürgernähe und niederschwelliger Zugang zur Justiz werden von Bürger:innen gefordert – und von der Digitalisierung gefördert. Wir bauen dank Digitalisierungsfonds unsere digitalen Services weiter aus.“

Automatisierte Anonymisierung und Publikation von Gerichtsentscheidungen

Mit Hilfe maschinellen Lernens werden Gerichtsentscheidungen im Rahmen dieses europaweit federführenden Projekts einer Anonymisierung zugeführt und damit eine Publikation im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) ermöglicht. Dahinter steht das erklärte Ziel, letztinstanzliche Entscheidungen von über den Einzelfall hinausgehender Relevanz durchgängig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die seit nunmehr zwei Jahren sukzessive verbesserte KI-Lösung übernimmt dabei die Aufgabe einer vorbereitenden Anonymisierung der Entscheidungen, sodass diese vor der Veröffentlichung nur noch einer Sichtkontrolle unterzogen werden müssen. Nachdem die Oberlandes- bzw. Landesgerichte nicht über die für eine manuelle Anonymisierung erforderlichen Personalkapazitäten verfügen, wird damit ein ressourcenschonender Weg für eine durchgängige Publikation ins RIS - direkt aus dem digital geführten Gerichtsakt - eröffnet, welche letztlich maßgeblich zur Erhöhung der Transparenz in der Rechtsprechung beitragen soll.



Firmen- und Grundbuch weiterentwickeln

Mit einem aus dem Digitalisierungsfonds geförderten Projekt schafft das BMJ die Grundlage für eine künftig noch bessere Vernetzung des Firmen- und Grundbuchs mit anderen E-Government Services wie dem Digitalen Amt. Ziel des Projekts ist die Einführung des bereichsspezifischen Personenkennzeichens (bpk) für Personendaten im Firmen- und Grundbuch sowie eine daran anknüpfende Unterstützung bei der Erfassung und Validierung von Adressinformationen sowie bei Abfragen im zentralen Melderegister. Die bereichsspezifischen Personenkennzeichen sollen darüber hinaus auch in der E-Zustellung berücksichtigt werden.



JustizOnline für Unternehmen erweitern

Die Stärkung des Unternehmensserviceportals (USP) als zentraler Zugangspunkt für Unternehmen sowie der bessere Zugang für Unternehmen bzw. juristische Personen zu Verfahren sind Ziele dieses BMJ-Projektes. Dafür soll ein SingleSignOn zwischen dem USP und JustizOnline, der im Jahr 2020 eingerichteten digitalen Serviceplattform der Gerichte und Staatsanwaltschaften, geschaffen werden. Zudem sollen Berechtigungs- und Vertretungszugriffe für Unternehmen im USP administriert und für Services von JustizOnline angewendet werden können. Damit Unternehmen direkten Zugriff auf „ihre“ Justiz-Verfahren - mit Verfahrensstandinformation und Akteneinsicht - haben, ist mit Hilfe des Unternehmensregisters eine durchgängige und eindeutige Erfassung von Stammzahlen in den Justizverfahren sicherzustellen.



Bundesministerium

für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie

Zukunft bewegen

Mit Digitalisierungsprojekten aus den Mitteln des Digitalisierungsfonds ermöglicht das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) zukunftsfähige Innovationen und bürgernahe Weiterentwicklungen.





CDO
DI Dr. Franz Haider

„Die breiten und vielfältigen Aufgaben unseres Ressorts werden durch digitale Lösungen wirksam unterstützt. Das schützt das Klima und nützt den Bürger:innen.“

Drohnen sicher nutzen

Um wirtschaftlich attraktive und notwendige sicherheitsrelevante Drohnendienste in Österreich zu ermöglichen, braucht es ein entsprechendes Luftraum-Managementsystem (Unmanned Traffic Management - UTM). Mit dem Projekt „Kolibri“ entwickelt Austro Control im Auftrag des BMK dafür eine erste Ausbaustufe. Das Projekt beschäftigt sich mit den Verbindungen zwischen unbemannter und bemannter Luftfahrt, mit dem Einsatz von Drohnen in Notfallsituationen, mit ihrer Nutzung für sicherheits- und kriminalpolizeiliche Aufgaben.

Auszahlung Klimabonus

Um die Auszahlung des von der Bundesregierung vereinbarten Klimabonus abwickeln zu können, ist eine entsprechende IKT Lösung erforderlich. Dabei ist geplant, die in der Verwaltung bereits vorhandenen Daten zu nutzen, um eine Mehrfacherfassung von Daten zu vermeiden. Die für die Berechnung des Klimabonus notwendigen Daten kommen dabei aus verschiedenen Systemen und müssen entsprechend abgeglichen

werden. Quellen der Daten sind:

- Zentrales Melderegister im BMI für Daten zu Personen und ihrer Meldegeschichte und Daten zu Gemeindegennzeichen und Postleitzahlen
- Daten der Familienbeihilfe im BMF und Daten der Arbeitnehmer:innenveranlagung für Kontoverbindungen
- Daten für Parkberechtigungen/Menschen mit Behinderung aus dem BMSGPK
- Daten zum Aufenthaltsstatus aus dem BMI
- Regionalklassifizierung der Statistik Austria für Gemeindegennzeichen und Regionalklassifizierung
- Daten der Pensionsversicherungsanstalten für weitere Kontoverbindungsdaten
- Die Zusammenführung der einzelnen Daten erfolgt datenschutzkonform unter Nutzung bereichsspezifischer Personenkennzeichen (bPK).

Bundesministerium
für Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

Digitale Kultur

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKOES) nutzt die Unterstützung aus dem Digitalisierungsfonds für Projekte, die Kultur und Verwaltung nachhaltig modernisieren



CDO
Mag. Felix Hauer

„Wir leben in einer digitalen Kultur, die aktive Gestaltung braucht. Wir setzen digitale Tools um, die das Kulturland Österreich weiterbringen.“



Online zu Förderungen

Um die Förderabwicklung im Kunst- und Kulturbereich weiter zu digitalisieren, setzt das BMKOES das Projekt Online-Einreichung im Bereich der Kunstförderung um.

Ziel ist eine serviceorientierte, kostengünstigere und rasche Abwicklung und Abrechnung von Förderungsanträgen. Der Verwaltungsaufwand soll sinken. Funktionen und Datenbank-Schnittstellen für die Online-Einreichung werden gemeinsam mit dem bundesweiten Fördermittelmanagement (FMM) entwickelt. Die dafür notwendigen Adaptierungen des FMM sind Teil des Projektes.



Webanwendung für wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Mit einer neuen Webanwendung erleichtert das BMKOES den Umgang mit Anforderungen der „Wirkungsorientierten Folgenabschätzung“ (WFA) für alle Zielgruppen und in allen Prozessschritten. Die Anwendung schafft Transparenz im WFA-Prozess und sorgt für zentrale Koordination und Speicherung. Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Entwicklungsphase sollen nun Usability und Effizienz benutzergerecht weiterentwickelt werden.

Elektronisches Bildungsmanagement ausbauen

Aufgrund des steigenden Ausbildungsbedarfes im Bund und der verstärkten Mobilität der Arbeitskräfte (z. B. durch Homeoffice) ist ein deutlicher Ausbau der Trainings- und insbesondere der E-Learning Angebote durch die Verwaltungsakademie des Bundes notwendig. Die bestehende E-Learning-Plattform des Bundes „Elektronisches Bildungsmanagement“ (E-BM) soll im Rahmen dieses Projektes ausgebaut werden - und in der Folge als bundesweites Shared Service in allen Ressorts zum Einsatz kommen.

Elektronische Zustellung im ESS

Auf Basis einer Machbarkeitsanalyse forciert das BMKOES die Digitalisierung der Personaladministration. Eine konkrete Maßnahme ist die elektronische Zustellung mit Zustellnachweis in dienst- und personalvertretungsrechtlichen Angelegenheiten über das Employer-Self-Service-(ESS) bzw. Service-Portal Bund.

Dafür werden in diesem Projekt die verfahrensrechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen und Zustellarten flexibilisiert. Auch die Gewährleistung der Datenhoheit und Datensicherheit im Bundesdienst sowie mittel- bis langfristige Kosteneinsparungspotenziale (durch die Reduktion von Papier-, Druck und Portokosten) sind Ziele dieses Projektes.

Bundesministerium

für Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft



Digitalisierung für das ganze Land

Bei seinen vielfältigen Aufgaben setzt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLRT) auf digitale Tools und Innovationen, die Bürger:innen sowie Betriebe entlasten.



45 Mio

*Gäste pro Jahr könnten sich
rasch, einfach und ohne Wartezeit
online registrieren*

Digitales Gästebblatt

Jeder in- und ausländische Gast, der in einem heimischen Beherbergungsbetrieb nächtigt, muss sich gemäß Meldegesetz melden. In vielen Betrieben erfolgt das noch in Papierform, künftig könnten diese Meldungen durch die Einführung eines digitalen Gästebblatts vereinfacht und beschleunigt werden. Fast 70.000 gewerbliche und private Beherbergungsbetriebe würden dadurch entlastet werden, 45 Mio Gäste pro Jahr könnten sich rasch, einfach und ohne Wartezeit online registrieren. Auch die Tourismusstatistik könnte von diesem System profitieren und schneller aussagekräftige Daten liefern. Eine aus Mitteln des Digitalisierungsfonds finanzierte Machbarkeitsstudie des BML für ein digitales Meldesystem prüft die Grundlagen für die Einführung eines digitalen Gästebblatts. Die Studie wird – mit Einbindung aller wichtigen Stakeholder auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene - wichtige Entscheidungsgrundlage für die Umsetzung dieses komplexen Projekts sein.



CDO SC Mag. DI DDr.
Reinhard Mang

Beste Verbindungen für Wachstum und Zukunft

Eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur ist eines der wichtigsten Fundamente für erfolgreiche Digitalisierung. Ziel der Bundesregierung ist daher die flächendeckende Versorgung mit festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen bis 2030. Die „Initiative Breitband Austria 2030“ trägt mit gezielten Förderungsinstrumenten auch zur digitalen Chancengleichheit zwischen Stadt und Land bei. Basierend auf der Breitbandstrategie 2030 hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLRT) entsprechende Förderinstrumente entwickelt. Damit soll die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-fähigen Zugangsnetzen sowie die Errichtung neuer, sogenannter symmetrischer Gigabit-Anbindungen insbesondere für öffentliche Einrichtungen und Unternehmen forciert werden. Die ersten Ausschreibungen dafür starteten mit Frühjahr 2022. Die Initiative richtet sich an Länder, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Telekombetreiber und an KMU. Von den getätigten Investitionen profitieren alle Bürger:innen.

Die Fortschritte und Erfolge der „Initiative Breitband Austria 2030“ lassen sich an der Zahl der österreichischen Haushalte mit Gigabit-fähigen Festnetzanschlüssen sowie mit 5G messen. Der Verfügbarkeitsgrad mit Gigabit-fähigen Festnetzanschlüssen liegt in Österreich bei 47 Prozent und eine 5G-Mobilfunkverfügbarkeit besteht bei 77 Prozent der Haushalte (Stand: Q2/2021). Im „Digital Economy and Society Index“ (DESI) zählt die Initiative zum Bereich „Connectivity“.

„Die Digitalisierung ist ein wichtiger Hebel für die Entwicklung ländlicher Regionen. Dank Digitalisierungsfonds können wir mehr für Land und Wirtschaft möglich machen.“

Digitalisierung für Land und Wirtschaft

Die Digitalisierung eröffnet auch für die Landwirtschaft neue Wege in die Zukunft. Moderne Technologien fördern eine ressourcenschonende Produktion, den optimalen Betriebsmitteleinsatz und mehr Tierwohl – und reduzieren gleichzeitig die Arbeitsbelastung. Mit dem Projekt der „Innovationfarm“ werden neueste Entwicklungen rasch in die Praxis gebracht. An Standorten in Wieselburg, Raumberg-Gumpenstein und Mold sowie in weiteren 20 Pilot- und Demonstrationsbetrieben werden digitale Technologien, Trends und Entwicklungen im Ackerbau, Grünland und in der Innenwirtschaft erprobt und umgesetzt. Unter anderem wird seit Februar 2021 die Benutzung des kostenlosen RTK-Korrekturdienstes APOS durch zahlreiche Videobeiträge begleitet und es laufen zahlreiche Projekte für die teilflächenspezifische Düngung, das Fütterungsmanagement, die Wildtierrettung mit Sensoren, die Tiergesundheit oder die Steuerung von Traktorenfunktionen. Über die eingebundenen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen wird das generierte Wissen schnell in die Praxis gebracht. Die „Innovation Farm“ ist Teil des Clusters „Digitalisierung in der Landwirtschaft“, der von Bund, Ländern und der Europäischen Union im Rahmen des ländlichen Entwicklungsprogrammes LE 14–20 unterstützt wird.

innovationfarm.at

Bundesministerium
für Landesverteidigung

Auf Sicherheit bauen

Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) setzt Maßnahmen zur digitalen Transformation im kernmilitärischen Bereich und realisiert darüber hinaus verschiedenste digitale Projekte, die auch für den zivilen Bereich von großer Bedeutung sind.



CDO GenMjr
Ing. Mag. Hermann Kaponig

„Wir verbessern mit digitalen Anwendungen nicht nur Österreichs Sicherheit, sondern auch konkrete Prozesse und Abläufe für sicheren Klimaschutz.“

„Digitaler Zwilling“ für Gebäudeautomation

Das BMLV geht in Zusammenarbeit mit der Haustechnik- und Gebäudeautomationsbranche bei der Umsetzung des Green Deal im Gebäudebetrieb neue Wege: So wurde ein „Digitaler Zwilling der Gebäudeautomation“ entwickelt, welcher der ganzen Branche im Rahmen der standardisierten Leistungsbeschreibung Haustechnik des BMDW kostenfrei bereitgestellt werden soll. Im Jahr 2021 wurde eine GA-Bibliothek (GA-Funktionsliste, Automations schemata, Automationsbeschreibung) der wichtigsten Aggregate und Anlagen als Basis für die Nutzung von Skaleneffekten erstellt. Für die nationale Gebäudeautomationsbranche werden dadurch erhebliche Vorteile geschaffen.





IFC-Roundtrip mit Plangrafiken

Das BMLV hat mit Unterstützung durch den Digitalisierungsfonds gemeinsam mit dem Präsidenten des ÖIAV, Building Smart Austria, dem Karlsruher Institut für Technologie, der TU Wien und namhaften Softwareanbietern Industrie Foundation Classes (IFC) zum interoperablen Austausch von digitalen Gebäudemodellen (BIM) weiterentwickelt. Dadurch ist es für die Beteiligten möglich, BIM-Modelle zwischen unterschiedlichen Softwarelösungen auszutauschen, anzupassen und die erforderlichen Plangrafiken automatisiert abzuleiten.

Smart Waste - weniger Abfall

Durch die Nutzung des Internets der Dinge, des energieeffizienten Funknetzes Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) und die Berücksichtigung des Lebenszyklus vom Einkauf der Lebensmittel bis zur Entsorgung der Abfälle sollen beim BMLV-Projekt „Smart Waste“ gemeinsam mit der Wirtschaft erhebliche ökonomische Ein-

sparungen erzielt und die EU-Ziele zur Reduktion des Lebensmittelabfalls bis ins Jahr 2023 um 50% umgesetzt werden. Im Zusammenwirken mit der Entsorgungswirtschaft wird das Projekt als Steuerungsinstrument auch für andere Abfallfraktionen evaluiert.

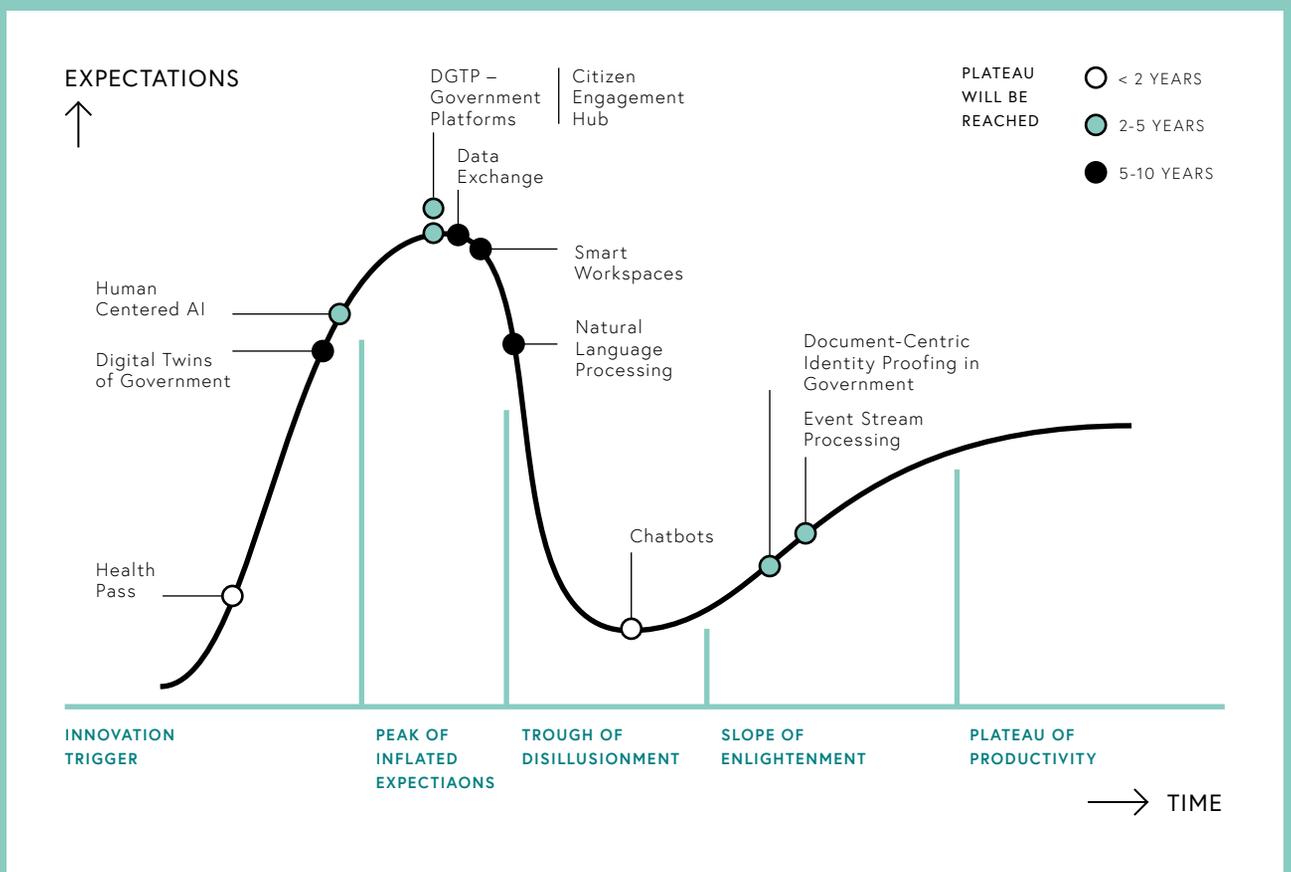
Digitalisierung Gemeinschaftsverpflegung

Mit der Nutzung des Datenaustauschmodells der ÖNORM A 2063-1 und -2 können die Prozesse der Beschaffung von Lebensmitteln und der Verarbeitung mit Großküchengeräten standardisiert, vereinheitlicht und automatisiert werden. Dieses Anliegen verfolgt das BMLV mit dem Projekt „Digitalisierte Gemeinschaftsverpflegung“. Durch Qualitätsverbesserung können etwa Cook&Chill-Speisen in den Finalisierungsküchen länger genützt werden, was erhebliche wirtschaftliche Vorteile bietet. Durch die Standardisierung kann zudem das Personal vor Ort unterstützt und dem Mitarbeitermangel entgegengewirkt werden.

IT-Trends im Reality- Check

Eine Analyse der IT-Spezialisten von Gartner zeigt, dass Österreich wichtige Technologie-Trends im E-Government-Bereich bereits erfolgreich umsetzt.

Gartners „Hype Cycles“ liefern seit 1995 Einschätzungen zur Reife und zum Fortschritt von Innovationen. Im Auftrag des BMDW hat Gartner 2021 den „Hype Cycle for Digital Government Technology“ entwickelt. Damit wurden aktuelle E-Government-Trends analysiert, um einen Überblick über den Status quo und die weitere Entwicklung von (neuen) Technologien geben zu können. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf bürgernahen und nutzerzentrierten Verwaltungsservices. Die Forschungsergebnisse und Auswertungen der Trends von Gartner werden vom BMDW zur Weiterentwicklung digitaler Strategien herangezogen.





TREND „Digital Twins of Government“: Digitale Amtswege



Bei „Digital Twins of Government“ handelt es sich um digitale Lösungen verwaltungstechnischer

Systeme, bei denen automatisierte Abläufe im Vordergrund stehen. Auf diese Weise können Services bzw. Amtswege u. a. mit dem Digitalen Amt, dem Unternehmensserviceportal, oesterreich.gv.at, FinanzOnline oder JustizOnline auch von zu Hause aus durchgeführt werden.

INNOVATION
TRIGGER

PLATEAU WILL BE REACHED ● 5-10 YEARS

TREND „Government Platforms“: E-Government Plattformen als Zeichen digitaler Transformation

Die Interaktion zwischen Bürger:innen bzw. Unternehmer:innen und der Verwaltung werden durch digitale Angebote einfacher, schneller und besser. Portale wie das Digitale Amt, USP, FinanzOnline und Co. treiben die Digitalisierung und nutzerorientierte Verwaltungsservices weiter voran.



PEAK OF
INFLATED
EXPECTATIONS

PLATEAU WILL BE REACHED ● 2-5 YEARS

Trends werden bereits gelebt

Die Untersuchungsergebnisse von Gartner zeigen: Die identifizierten technologischen Trends werden in der Praxis bereits umgesetzt. Die wichtigsten Trends und konkrete Umsetzungsmaßnahmen auf einen Blick:

TREND „Health Pass“: Digitale Gesundheitsdaten

Mit dem „Health Pass“ werden gesundheitliche Informationen digital zur Verfügung gestellt und können so rasch abgerufen werden. Die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) ermöglicht beispielsweise eine elektronische Vernetzung der Gesundheitsdaten von Patient:innen. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurde der Grüne Pass entwickelt, um mit Hilfe von Kontrollen effiziente Öffnungsschritte setzen zu können.



INNOVATION
TRIGGER

PLATEAU WILL BE REACHED ○ < 2 YEARS

TREND „Human Centered AI“: Menschzentrierte Künstliche Intelligenz



Die österreichische Bundesregierung hat unter dem Titel „Artificial Intelligence Mission Austria 2030 (AIM AT 2030)“ eine KI-Strategie entwickelt, um die Chancen und Risiken von KI-Anwendungen zu identifizieren. Die Sicherheit und der Nutzen für den Menschen stehen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen eines Pilotprojektes im Unternehmensserviceportal (USP) werden Unternehmen mithilfe von KI passende Förderungen angeboten.

INNOVATION
TRIGGER

PLATEAU WILL BE REACHED ● 2-5 YEARS

TREND “Citizen Engagement Hub”: Proaktive und reaktive (Bürger-)Kommunikation



Die Kommunikation mit Bürger:innen wird mit Hilfe digitaler Lösungen verbessert und leichter zugänglich. So können beispielsweise mit der App „Sag’s Wien“ Anliegen, Gefahrenstellen oder Störungen via Smartphone einfach und direkt an die Wiener Stadtverwaltung gemeldet werden.

PEAK OF
INFLATED
EXPECTATIONS

PLATEAU WILL
BE REACHED ● 2-5 YEARS

TREND “Smart Workspaces”: Bundesinterne digitale Verwaltung



„Smart Workspaces“ nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung und bieten neue, digitale Wege für Arbeit und Kooperation, Planung sowie Informationsaustausch. Der elektronische Akt im Bund (ELAK) ist als zentrales E-Government-System der österreichischen Bundesverwaltung seit 2004 für Workflow- und Dokumentenmanagement in Bundesministerien, obersten Organen, Gerichtshöfen, ausgegliederten Rechtsträgern und nachgeordneten Dienststellen des Bundes in Betrieb.

PEAK OF
INFLATED
EXPECTATIONS

PLATEAU WILL
BE REACHED ● 5-10 YEARS

TREND „Data Exchange“: Intelligenter Datenzugang und -austausch

Unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden benötigte Daten, die bereits einer Verwaltungsorganisation übermittelt wurden, behördenübergreifend weiterverwendet.

- **Once-Only:** Unternehmensbezogene Daten müssen durch Umsetzung dieses Prinzips nur ein einziges Mal an die Verwaltung gemeldet werden.
- **SDG (Single-Digital-Gateway):** Digitale öffentliche Dienste und Informationen sollen über alle EU-Mitgliedsstaaten hinweg zugänglich und nutzbar gemacht werden.
- **GAIA-X:** Mit der GAIA-X Initiative wird ein gemeinsamer europäischer Datenraum vorangetrieben.



PEAK OF
INFLATED
EXPECTATIONS

PLATEAU WILL
BE REACHED ● 5-10 YEARS

TREND “Document Centric Identity Proofing”: Sichere Identitätsprüfung dank automatisierter Datenanalyse



Mit dem „Document Centric Identity Proofing“ (DCIP) kann die Identität einer Person digital, mittels eines Ausweises und des Vergleichs über Foto oder Video überprüft werden. Das schafft Sicherheit und spart Amtswege. Dank DCIP konnte etwa im Rahmen der „COVID Wohnzimmer- und Gurgeltests“ Sicherheit bei der Zuordnung der Testergebnisse garantiert werden.

SLOPE OF
ENLIGHTENMENT

PLATEAU WILL
BE REACHED ● 2-5 YEARS



TREND “Natural Language Processing”: Rasche Antworten von Chatbots

Bei der „Verarbeitung natürlicher Sprache“ werden Computer mit Hilfe Künstlicher Intelligenz in die Lage versetzt, menschliche Sprache zu verstehen. Derzeit ist „Natural Language Processing“ in Form von „Chatbots“ auf einigen Webseiten der öffentlichen Verwaltung im Einsatz: MONA auf der Seite des USP, JUSTITIA auf JustizOnline und FRED auf FinanzOnline. Diese digitalen Assistenten bieten Bürger:innen rasche Hilfe bei auftretenden Standardanfragen und entlasten gleichzeitig die Helpdesk-Mitarbeiter:innen aktiv.



TROUGH OF DISILLUSIONMENT

PLATEAU WILL BE REACHED ● 5-10 YEARS

TREND “Event Stream Processing”: Schnelle Reaktionen dank automatisierter Datenanalyse

Beim „Event Stream Processing“ werden eingehende Daten analysiert, sobald sie den Server erreichen. Die schnelle Verarbeitung ermöglicht das Setzen von Aktionen, wie etwa die Aussendung von Warnungen. Dank dem “Event Stream Processing” konnten z. B. beim COVID Contact-Tracing Betroffene schnell informiert werden.



SLOPE OF ENLIGHTENMENT

PLATEAU WILL BE REACHED ● 2-5 YEARS

Erfolgreiche Weiterentwicklung

Die Anforderungen an staatliches Handeln sind während der Pandemie gestiegen: Sowohl Unternehmer:innen, als auch Bürger:innen erwarten spätestens ab jetzt einfache und zeitsparende Online-Verwaltungsservices. Durch die Pandemie gewannen nutzerorientierte Trends an Bedeutung, die großteils im heimischen E-Government bereits gelebt werden, so die Analyse von Gartner. Dazu zählen vor allem im Bereich der bürgernahen E-Government Services die international ausgezeichneten Portale oesterreich.gv.at, USP und das Digitale Amt (Trends „Digital Twins of Govern-

ment“ und „Government Platforms“), aber auch etwa die konsequente Umsetzung des Once Only Prinzips (Trends „Health Pass“, „Data Exchange“ und „Smart Workspaces“). Mit der ID Austria und anderen nutzerorientierten Services befinden sich zudem weitere Schlüsseltechnologien und Trends in der Pilot- und Umsetzungsphase.

Digitale Leuchtturm- Projekte der Bundesländer



Gemeinsam nach vorn

Auf Basis einer gesamtheitlichen Netzstrategie setzt Vorarlberg zukunftsweisende Projekte für Bildung und Verwaltung um.

- Test und Impfplattform
- vConnect – Intranet und Kollaborationsplattform



Landesamtsdirektor Philipp Abbrederis



Digitale Offensive

Nicht nur bei digitalen Infrastrukturen, auch bei E Government und digitalen Services verfügt Tirol über eine starke Ausgangsbasis und setzt in innovative digitale Projekte um.

- Service Plattform Tirol SEPL
- Tiroler Schulnetz TSN
- Land Tirol App



Landesamtsdirektor Herbert Forster



Digitale Festspiele

Soziales, Bildung, Tourismus, Wirtschaft, Umweltschutz: Das Land Salzburg setzt in vielen Bereichen digitale Leuchtturmprojekte um.

- Digitalisierung Soziales Informationssystem
- Ganzheitliche IT Services für Landesschulen
- Digitales Landesabgabennam
- Digitale Abwicklung von Behördenverfahren



Landesamtsdirektor Sebastian Huber



Neue Wege durch digitale Transformation

Oberösterreich setzt bei digitalen Lösungen für mehr Bürgernähe und Entlastung auf Innovationskraft und Kooperationen.

- Digitale Transformation von Umweltverträglichkeitsprüfungen bzw. Anlagenrechtsverfahren



Landesamtsdirektor Erich Watzl



Digitale Services und Initiativen

Bei seinem digitalen Serviceangebot rund um Amtswege hat Kärnten viel erreicht. Die digitale Transformation der Verwaltung wird strategisch gesteuert.

- E Government
- 5G Playground
- Initiative Industrie 4.0
- „Digitalisierungsoffensive
- Ideen4Kärnten
- Digitale Infrastruktur Görtschitztal



Landesamtsdirektor Dieter Platzer



Digitalen Wandel für Land & Leute nutzen

Niederösterreich forciert die digitale Transformation auf Basis einer eigenen Digitalisierungsstrategie, die sich an den vielfältigen wirtschaftlichen, strukturellen und geografischen Gegebenheiten des Landes orientiert.

- Haus der Digitalisierung
- Begehungs App Gewässeraufsicht
- Drohneneinsatz im NÖ Straßendienst



Landesamtsdirektor Werner Trock



 STEIERMARK

Ausbau von Infrastruktur & Anwendungen

Die Steiermark forciert den Breitbandausbau und nutzte im Betrachtungszeitraum erfolgreich digitale Lösungen im Kampf gegen Corona.

- Connect Kooperationsprojekt
- Plattform für Coronaschutzimpfungen
- Digitalisierung der Verfahren gemäß Epidemiegesetz



Landesamtsdirektorin
Brigitte Scherz Schaar

 WIEN

Digitale Lebensqualität

Die Stadt Wien nutzt die neuen digitalen Möglichkeiten, um den Alltag der Bevölkerung zu erleichtern.

- Schule Digital
- mein.wien
- BRISE Vienna



Magistratsdirektor
Erich Hechtner

 BURGENLAND

Mehr Effektivität und Effizienz

In der Landesverwaltung und in der Landesholding Burgenland werden zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt, die mehr Effektivität und Effizienz bewirken.

- Burgenländische Landesverwaltung: Optimale Prozesse bis hin zu Gemeinden
- Landesholding / Energie Burgenland: Digital und klimaneutral



Landesamtsdirektor
Ronald Reiter



BETTER TOGETHER



IT-Länderkooperationen als Schlüssel für eGovernment-Standard

Als Teil der Plattform Digitales Österreich tagen die IT-Expert:innen der Bundesländer regelmäßig in Form der „IT Länder-Arbeitsgruppe“. Dadurch konnten zahlreiche richtungsweisende Kooperationsprojekte realisiert werden.

Rund sechs Mal im Jahr treffen sich dafür die IT-Leiter:innen und E-Government-Verantwortlichen der Länder im Rahmen der IT Länder-Arbeitsgruppe. Der Vorsitz liegt alternierend bei Tirol und Wien. Durch die Teilnahme des Städte- und Gemeindebundes fließen auch die Sichtweisen jener Behörden, die Bürger:innen am Nächsten stehen, in die Expert:innengespräche ein. Darüber hinaus tagt das Gremium ein Mal im Jahr bei einer IKT-Expert:innenkonferenz. Ausgewählte Ländervertreter:innen nehmen zudem in Arbeitsgruppen des Bundes teil – die Informationen darüber werden wiederum bei der Länder-Arbeitsgruppe gebündelt. Schwerpunkt dieser institutionalisierten Zusammenarbeit ist der Austausch über aktuelle Themen und Herausforderungen sowie die Evaluierung von Kooperationen.

Bausteine der Kooperation

Das Kooperationsmodell zur Erstellung von gemeinsam genutzten IT-Lösungen wurde über die Jahre standardisiert. Es umfasst folgende Bausteine:

- Bei der technischen Umsetzung ist stets auf die Einhaltung der seit 2004 bzw. seit der Novelle 2018 gültigen E-Government-Standards zu achten. Diese Standards stellen sicher, dass E-Government-Dienste vom Neusiedlersee bis zum Bodensee für jede Bürgerin und jeden Bürger einheitlich, barrierefrei und sicher gestaltet werden und durch diesen Wiedererkennungseffekt höchstmögliche Akzeptanz entsteht.
- Zur Finanzierung von Kooperationsprojekten und dem daraus resultierenden Betrieb der Anwendungen ist grundsätzlich der Bevölkerungsschlüssel maßgeblich, wobei die Kostenbeteiligung von der Anzahl der kooperierenden Verwaltungseinheiten abhängt – diese Konstellation ergibt sich themen-/projektspezifisch.

Die Standards wirken auch auf die Mitarbeiter:innen der Anwendungen sowie die Vereinheitlichung von Behördenprozessen. Sie nehmen dabei dennoch Rücksicht auf die Organisationshöhe der betroffenen Gebietskörperschaften. Somit sind diese E-Government-Standards sowohl das Rückgrat für eine moderne Verwaltung, als auch stabiles Fundament für alle neuen und darauf aufbauenden innovativen Digitalisierungsprojekte.

- Bei Kooperationen kommt eine bewährte Gremienstruktur zur Anwendung: einerseits in Form eines Fachgremiums, das sich aus Expert:innen zu dem jeweiligen Themenbereich von Bund und Ländern zusammensetzt, andererseits in Form eines Managementgremiums, in dem die IT-Leiter:innen und Vertreter:innen des Bundes über die strategische und budgetäre Ebene beraten.



Ausgewählte Projekte im Überblick

Auf Basis dieser Rahmenbedingungen zählt das Kooperations-Projektportfolio mittlerweile 33 Themen – einige davon in bilateraler Kooperation einzelner Länder, andere als breit angelegte Zusammenarbeit der Länder mit Fachbereichen des Bundes.

Kooperationsprojekte aller Länder mit dem Bund sind:

- PORTALVERBUND – Standards für Zugriff auf behördenübergreifende Webanwendungen und die Verwaltung der zugehörigen Rechte
- GISA – das Gewerbeinformationssystem Austria
- BASEMAP – die einheitliche Verwaltungskarte für Österreich
- DATA.GV.AT – die österreichweite Open Data Plattform
- AnNa – die Plattform zur Abwicklung von Verfahren auf Basis des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes

Ausgewählte Länder kooperieren mit dem Bund in folgenden Projekten:

- VSTV – das System zur Abwicklung von Verwaltungsstrafverfahren
- CLOUDSTORAGE – das System für den Verbund von Cloudspeichern
- LIFERAY – die Wiener Kollaborationsplattform – dient auch als Reference Server für die Bund-Länder Kooperation

Projektzusammenarbeit aller Länder erfolgt für:

- GEOLAND.AT – die Kooperation der GIS-Expert:innen der Länder
- GIP.GV.AT – die Kooperation für die einheitliche Straßengraphen
- DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE – Portal für einheitliche Ansprechpartner:innen auf Basis der EU-Dienstleistungsrichtlinie
- FGS – das Fahrzeuggenehmigungssystem

Weitere Kooperationsprojekte einzelner Länder sind:

- GEMFIN – das System für Gemeindefinanzen
- DSGVO – Verzeichnis von Datenverarbeitungstätigkeiten
- ELEFANT – Kontaktpersonenverfolgung meldepflichtiger Krankheiten

Kooperation sorgt für Effektivität und Effizienz

Durch einige der exemplarisch angeführten Kooperationsprojekte konnten bereits Defacto-Standards geschaffen werden. So entwickelte sich beispielsweise die im Jahr 2012 ins Leben gerufene Open Data Plattform data.gv.at im Jahr 2018 zur Publikationsplattform für öffentliche Ausschreibungen, was auch im BVerG verankert wurde. Mit der Public Sector Information-Richtlinie der EU soll das Portal für die Veröffentlichung hochwertiger Datensätze und künftig auch für die Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes dienen – ein Beispiel für Effektivität und Effizienz im Bereich der öffentlichen IKT, das durch breit angelegte Kooperationen erst möglich wurde.

Gerade die Erfahrungen der Corona-Pandemie zeigen, dass diese Kooperationen und insbesondere etablierte Abstimmungsmechanismen unabdingbar sind, um neben einer einheitlichen technischen Basis auch länderübergreifend gemeinsam IT-Lösungen entwickeln zu können. So vielfältig wie die Herausforderungen an die öffentliche Verwaltung sind, gestalten sich auch die Themen für die IT-Abteilungen der Länder. Angesichts der Dynamik der Digitalisierung, welche immer schneller neue Anforderungen an Operational- und Strategic-Excellence – also einen wirtschaftlichen und sicheren Basisbetrieb bei gleichzeitiger Flexibilität und Offenheit für neue technologische Möglichkeiten – nach sich zieht, sind Kooperationen auch in Zukunft der Schlüssel für die stabile Weiterentwicklung des E-Governments in Österreich.



BURGEN LAND





Mehr Effektivität und Effizienz

In der Landesverwaltung und in der Landesholding Burgenland werden zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt, die mehr Effektivität und Effizienz bewirken.

Das Land Burgenland hat auf Basis des Zukunftsplanes Burgenland 2020-2025 im Bereich Digitalisierung eine Reihe von Projektvorhaben gestartet. Sowohl in der Landesverwaltung als auch in der Landesholding Burgenland werden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Prozesse zu optimieren und diese durch zeitgemäße IKT-Technologien bestmöglich zu unterstützen. Was alles umgesetzt wird, zeigen nachfolgende zwei Leuchtturmprojekte.

Burgenländische Landesverwaltung: Optimale Prozesse bis hin zu Gemeinden

Bereits 2020 wurden Projekte und Arbeitsgruppen zur Optimierung der Prozesse der Landesverwaltung gestartet. Dabei standen zwei Aspekte im Fokus: Die Amtsgeschäfte ganzheitlich zu betrachten – und die optimale Prozessunterstützung durch Informations- und Kommunikationstechnologien zu identifizieren. Aktuell laufen die SOLL-Prozessmodellierung und die Einführung eines neuen ELAK (Arbeitstitel B.EL@K) sowie eines Abgabensystems. Ziel sind optimierte Prozesse in sämtlichen Bereichen der Verwaltung. Begleitet werden diese Maßnahmen durch aktives Technologiemanagement und IT-Governance. Prozesse werden behördenübergreifend bis hin zu den burgenländischen Gemeinden betrachtet. Es wird die bestmögliche IKT-Technologie identifiziert, um langfristig durch Konsolidierung der IKT-Landschaft bestmögliche Skaleneffekte lukrieren zu können. Das Erste Burgenländische Rechenzentrum (EBRZ) fungiert hierbei als „Hub“ für Technologiebereitstellung, Vernetzung und als Datendrehzscheibe sowohl für seine Eigentümer als auch für landesnahe Betriebe und Gemeinden.



**Landesamtsdirektor
Mag. Ronald Reiter, MA**

Landesholding/Energie Burgenland: Digital und klimaneutral

Mit der Energie Burgenland Green Technology GmbH (EBGT) wurde 2021 als Tochter der Energie Burgenland AG ein Unternehmen gegründet, um den Ausbau und die Versorgung mit Breitbandinternet- und Telekommunikationsdienstleistungen im Burgenland voranzutreiben. Mit innovativen und nachhaltigen Digitallösungen sowie der Sicherstellung der dafür nötigen Breitbandinfrastruktur liefert die EBGT einen wesentlichen Beitrag für die Vision, das Burgenland zur weltweit ersten klimaneutralen Region der Welt zu machen.

Ende 2021 wurde auf Grundlage der Strategie der Energie Burgenland ein „Masterplan Digitalisierung“ erstellt. Er umfasst u. a.

- die Entwicklung innovativer, digitaler Produkte und Services für Privatkunden, Unternehmen und Gemeinden
- die digitale Plattform „www.weiterdenker.at“ zum Austausch rund um das Thema Klimaneutralität und Nachhaltigkeit
- die Steuerung ausgewählter, innovativer Digitalisierungsprojekte der Energie Burgenland
- die Koordination des weiteren Breitbandausbaus, um jeden burgenländischen Haushalt bis 2030 mit „High-Speed-Breitband“ zu versorgen.

Die ersten Maßnahmen wurden bereits gestartet. Sie beschäftigen sich z. B. mit der Entwicklung von Produkten für die Nutzung von Sensorik und IoT-Services.



KÄRNTEN





Digitale Services und Initiativen

Bei seinem digitalen Serviceangebot rund um Amtswege hat Kärnten viel erreicht. Die digitale Transformation der Verwaltung wird strategisch gesteuert.

Das Land Kärnten orientiert sich bei seinen digitalen Transformationsprojekten an den Aktionsfeldern des Digitalen Aktionsplans (Wirtschaft; Digitaler Staat; Bildung, Forschung & Innovation; Gesundheit; Sicherheit & Infrastruktur). Auf dieser Grundlage werden zahlreiche Leuchtturmprojekte umgesetzt.

E-Government

Die Digitalisierung der Kärntner Landesverwaltung wird als kultureller, organisatorischer Transformationsprozess verstanden. Durch die personelle Verankerung dieser Aufgaben in Form eines Chief Digital Officers sowie die Einrichtung einer Task Force interne Digitalisierung werden entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, um einen kontinuierlichen, abgestimmten Umsetzungsprozess und ein hohes Maß an Akzeptanz in der Landesverwaltung sicherzustellen. Beim digitalen Serviceangebot (digitale Amtswege, Förderanträge, Service für Einreichungen von Unternehmen etc.) hat Kärnten bereits viel erreicht. Aktuell werden über 400 Leistungen, Formulare und Services im Internet angeboten und mehr als 80.000 Anträge pro Jahr digital eingebracht.

5G Playground

Der 5G Playground (Lakeside Park Klagenfurt) ist das modernste 5G Testlabor für Forschung und Entwicklung von 5G Anwendungen, Produkten, Prozessen sowie Applikationen in Österreich. Er wurde als Initiative der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsverbandes gemeinsam mit A1 ins Leben gerufen.

Initiative Industrie 4.0

Um die strategischen Aktivitäten im Bereich Industrie 4.0 besser zu bündeln, wurde seitens des



Landesamtsdirektor
Mag. Dr. Dieter Platzer, MAS

Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsverbandes (BABEG) die Initiative Industrie 4.0 ins Leben gerufen.

Ziele sind Vernetzung der Schlüsselakteure, Sensibilisierung der Wirtschaft sowie Initiierung von Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

„Digitalisierungsoffensive“

2021 hat der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) Kleinst- und Kleinunternehmen gefördert, die Chancen der Digitalisierung genutzt haben, um die Herausforderungen der COVID-19 Krise gut zu meistern und insgesamt besser für eine digitalisierte Zukunft gerüstet zu sein.

Ideen4Kärnten

Ideen4Kärnten ist eine Open Innovation Plattform in Kärnten, die Bürger:innen ebenso wie die regionale Wirtschaft einlädt, sich kreativ an der Gestaltung des eigenen Lebensraums zu beteiligen.

Errichtung einer glasfaserbasierten digitalen Infrastruktur in der Großregion Görtschitztal

Die BIK Breitbandinitiative Kärnten GmbH (BIK) als 100% Tochter des Landes Kärnten setzt auf einen versorgungsorientierten glasfaserbasierten Breitbandausbau in Kärnten. Als Kärnten-Pilot wird in der Großregion Görtschitztal, bestehend aus neun ländlich geprägten Gemeinden, ein FTTH-Infrastrukturprojekt mit einem Investitionsvolumen von rund EUR 40 Mio umgesetzt, wodurch rund 13.000 Nutzungseinheiten an glasfaserbasiertes Internet angeschlossen werden können.



NIEDER ÖSTERREICH





Digitalen Wandel für Land und Leute nutzen

Niederösterreich forciert die digitale Transformation auf Basis einer eigenen Digitalisierungsstrategie, die sich an den vielfältigen wirtschaftlichen, strukturellen und geografischen Gegebenheiten des Landes orientiert.

Grundlegende Ziele der NÖ Digitalisierungsstrategie (www.noee-digital.at) sind es, Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, ländliche Regionen zu stärken und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Um diese Digitalisierungsziele zu erreichen, ist es wichtig, Bevölkerung, Unternehmen und öffentliche Hand fit für die Zukunft zu machen und die dafür notwendige Infrastruktur flächendeckend auszubauen, damit digitale Innovationen und Lösungen genutzt und vorangetrieben werden können. Die Abteilungen der NÖ Landesverwaltung beschäftigen sich im Rahmen eines Trendmanagements mit universitärer Begleitung mit neuen Technologietrends, um die sich dadurch ergebenden Chancen für die Landesverwaltung frühzeitig zu erkennen. Aktuelle Leuchtturmprojekte (siehe auch www.noee.gv.at/noee/Digitalisierung/digi-report.html) dokumentieren exemplarisch die Umsetzung.

Haus der Digitalisierung

Das Land Niederösterreich setzt ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um die digitale Transformation der heimischen Wirtschaft zu beschleunigen und die Betriebe auf ihrem Weg zu unterstützen. Das reale „Haus der Digitalisierung“ ist das letzte Puzzleteil in diesem Prozess. Auf 4.200 m² Gesamtfläche entsteht ein architektonisches Highlight am Campus Tulln. Im Gebäude wird es einen Showroom und Veranstaltungsbereich, einen Bereich für die Fachhochschule Wiener Neustadt, einen Gastrobereich, Inkubatorflächen und vieles mehr geben. Im „Haus der Digitalisierung“ werden neben der FH Wiener Neustadt in erster Linie Serviceinstitutionen eingemietet sein, die KMUs bei ihrer Transformation in Richtung Digitalisierung begleiten und beraten können.



Landesamtsdirektor
Dr. Werner Trock

Begehungs-App Gewässeraufsicht

Gesetzlich ist es erforderlich, sämtliche Gewässerabschnitte und alle wasserrechtlich bewilligten Anlagen vor Ort zu begehen und die Erhebungsergebnisse nachvollziehbar zu dokumentieren. Auf Basis der noegismobile/geoinformation micro apps wurde durch die Landesamtsdirektion-Informationstechnologie ein mobiles Kontrollprogramm zur systematischen Gewässerbegehung entwickelt. Ziel ist unter anderem die Dokumentation der Begehungszeitpunkte, die Feststellung von Mängeln sowie Veranlassungsmaßnahmen zur Behebung der Mängel. Die im Zuge der Gewässerbegehungen erhobenen Daten werden künftig laufend mit den Daten des NÖ Wasserinformationssystem (WIS) synchronisiert. Kartografische Hintergrunddaten, die für die Begehungen erforderlich sind, werden aus dem NÖGIS-Basisdatenbestand in der App bereitgestellt.

Drohneinsatz im NÖ Straßendienst

Drohnen stellen eine äußerst effiziente Alternative für die Durchführung verschiedener Tätigkeiten in Straßenbau und -erhaltung dar. Bevor ein Einsatz von Drohnen in den Aufgabenbereichen des Straßendienstes erfolgt, werden sie zunächst in Pilotprojekten getestet. Derzeit befinden sich Anwendungsfälle wie die Brückeninspektion, Baufortschrittsdokumentation sowie drohnenbasierte Abrechnung von Bauprojekten in der Evaluierungsphase. Stellt sich nach der Testphase heraus, dass die Anwendung Vorteile, wie zum Beispiel Sicherheitsgewinn, Effizienzsteigerung oder Kostenersparnis, gegenüber der konventionellen Durchführung bietet, erfolgt eine Umsetzung in den Regelbetrieb. In den Bereichen Geländevermessung, Evaluierung und Dokumentation von Schäden nach Unwetterereignissen sowie der Inspektion von Felsböschungen konnten die Vorteile des Drohneinsatzes bereits genutzt werden.



ÖBER ÖSTERREICH





Neue Wege durch digitale Transformation

Oberösterreich setzt bei digitalen Lösungen für mehr Bürgernähe und Entlastung auf Innovationskraft und Kooperationen.



Landesamtsdirektor
Dr. Erich Watzl

Das Land Oberösterreich sieht in der Digitalen Transformation einen entscheidenden Erfolgsfaktor für eine moderne Verwaltung und eine ständige Weiterentwicklung der Organisation hin zu mehr Bürgerzentrierung und interner Entlastung bei standardisierten Arbeitsvorgängen. Neben der laufenden Umsetzung von Projekten in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Jugend bemüht sich das Land auch um organisatorische Voraussetzungen, die insbesondere die Innovationsgeschwindigkeit erhöhen. Aus diesem Grund etabliert das Land OÖ ab 2022 eine Stabstelle für Digitale Transformation und Innovation. Hier sollen auf agile Weise neue Dinge ausprobiert und in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen und der Abteilung IT prototypisiert und zur Umsetzung gebracht werden. Die Stärkung des Innovationsnetzwerkes mit Universitäten und Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist vor dem Hintergrund gemeinsamer Vorhaben und eines bidirektionalen Austauschs ein wichtiger Baustein für ein effektives Innovationscreening und in weiterer Folge für eine höhere Umsetzungsgeschwindigkeit. „Damit diese ambitionierte Weiterentwicklung erfolgreich gelingen kann, legen wir einen großen Fokus auf die Kommunikation nach innen und nach außen. Die digitale Transformation allgemein und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung können wir durch ein gemeinsames (Ziel-) Bild, den Einsatz unserer Mitarbeiter:innen und eine enge Zusammenarbeit mit Bundesinstitutionen und Stakeholdern zu einer Erfolgsgeschichte nachhaltiger und resilienter Demokratien machen“, erklärt Landesamtsdirektor Erich Watzl.

Leuchtturmprojekt für digitale Verfahren

Ein wichtiges Leuchtturmprojekt ist dabei die Digitale Transformation von Umweltverträglichkeitsprüfungs- bzw. Anlagenrechtsverfahren. Das UVP-G 2000 schreibt seit 2018 als erstes Bundesgesetz eine primär elektronische Einreichung vor. Es wurde daher ein Projekt zur Erarbeitung eines durchgehend elektronischen Verfahrensablaufs aufgesetzt, bei dem alle internen und externen Stakeholder eingebunden sind. Im Dezember 2021 wurde die konkrete Umsetzung des Projekts gestartet, die sowohl Landes- als auch Bundesvorgaben zur Digitalisierung vollständig berücksichtigt. Zentrales Element ist eine Plattform (EPA-OÖ), die alle notwendigen Funktionen für Einreichung und Verfahrensabwicklung bietet. EPA-OÖ ist ein sicherer digitaler Raum, in dem Antrags- und Projektunterlagen aus Rechtsmaterien des Bundes und des Landes in strukturierter Form (z. B. Daten, Dokumente, Pläne) abgelegt, im Verfahren bearbeitet und zur Projektauflage oder zur Akteneinsicht zur Verfügung gestellt werden. Die Plattform bindet alle Stakeholder eines Verfahrens digital und rechtskonform ein und bietet Funktionalitäten für eine durchgängige, medienbruchfreie und nachvollziehbare Abwicklung. EPA-OÖ erzeugt ein strukturiertes, digitales Verfahrensergebnis (Bescheid), das wiederum die Basis für weitere Anträge sein kann. Die Kombination aus bewährten Eigenentwicklungen und neuen Technologien bringt wesentliche Vorteile für die integrierte Zusammenarbeit von Behörden und Unternehmen und soll das Land als Wirtschaftsstandort weiter attraktiveren.

Digitale Gemeinden als Pioniere

Österreichs Gemeinden verbinden erfolgreich Bürgernähe mit digitaler Transformation. Bei smarten, digitalen und bürgernahen Lösungen ist ihre Innovationskraft besonders wichtig.



Österreichischer
Gemeindebund

Auch mit Blick auf Österreichs Kommunen gilt: Es gibt eine Zeit vor, und eine Zeit nach der Corona-Krise. „Wir sehen einen deutlichen Digitalisierungsschub, weil in der Krise mehr Menschen als früher von zu Hause arbeiten mussten und mehr als früher digital abgewickelt wurde“, berichtet Alfred Riedl, Präsident des Gemeindebundes. Das digitale Netz kam allerdings vielerorts an seine Grenzen. Der rasche Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes ist auch zur Freude des Gemeindebundes nun endlich ganz oben auf der politischen Agenda.

Vorbilder und Vorreiter

Die Gemeinden selbst sind immer wieder Vorreiter bei smarten und digitalen Lösungen. Vom digitalen Zutrittssystem für Altstoffsammelzentren oder dem digitalen Bauakt bis hin zur intelligenten Straßenlaterne zeigen die österreichischen Gemeinden vor, wie Digitalisierungsmöglichkeiten umgesetzt werden können. Sie haben bei diesen Themen eine wichtige Vorbild- und Vorreiterfunktion, indem sie vor Ort gemeinsam mit Bürger:innen neue Ideen umsetzen, damit sie attraktive und lebenswerte Gemeinden bleiben. Riedl: „Es zeigt sich: Damit Digitalisierung gelingt, müssen wir die Menschen mitnehmen. Wer Zukunft gestalten will, braucht die Gemeinden.“





Ökonomischer und sozialer Innovationsraum

Der Österreichische Gemeindebund will daher die zahlreichen innovativen Lösungen der Gemeinden in den Fokus rücken und damit auch zeigen, dass die Gemeinden der ideale Nährboden für innovative Projekte und mutige Schritte vorwärts sind. Gerade der ländliche Raum als ökonomischer und sozialer Innovationsraum ist eine wichtige Säule für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Regionen. Seit jeher sind neue Ideen und Innovationen auf kommunaler Ebene – im kleinräumigen Bereich - ausprobiert worden. In den Gemeinden außerhalb der urbanen Zentren ergeben sich durch den Digitalisierungsschub auch neue kreative Zugänge, wie etwa Dorf-Office-Lösungen, die wiederum neues Leben ins Dorfzentrum bringen können. In der „Labor-Situation“ im Dorf lässt sich seit jeher viel Neues auf kleinem Raum ausprobieren und für die Bürger:innen spürbar und begreifbar machen. „Diese lokale Innovationskraft, verbunden mit den kreativen Ideen der Menschen in der Stadt oder am Land, schafft neue Lösungen, die morgen unser aller Leben besser machen“, bilanziert Riedl.

Digitale Serviceinnovation

So ist etwa die Gemeinde Kremsmünster in Oberösterreich mit Amtsleiter Reinhard Haider seit vielen Jahren Vorreiter in Sachen E-Government. Unter anderem fällt die Gemeinde mit ihrem innovativen digitalen Sprachassistenten, der digitalen Amtstafel und der digitalen Sprechstunde auf. Als erste österreichische Gemeinde testet Kremsmünster ein neues Bürgerservice, bei dem Fragen verbal durch Alexa in Verbindung mit dem Eingabesystem Echo unabhängig von Öffnungszeiten beantwortet werden. Geplant ist, dass Alexa beim Rathauseingang rund um die Uhr für Auskünfte zur Verfügung steht. Die Gemeinde nutzt Digitalisierung außerdem dazu, die Gemeinderats-Sitzungen für Interessierte live im Internet zu streamen, und stellt anschließend das Video zum Nachsehen ins Web. Eine Low-Budget-Produktion mit drei Kamerapositionen (Sprecher, Forum, Präsentation) bringt ein High-Quality-Ergebnis.



In der Steiermark sind die ersten “Smart Villages” angesiedelt, nämlich Feldkirchen und Riegersburg. In einer „smarten“ Gemeinde greifen die Aktivitäten von Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik so ineinander, dass es zu einem möglichst geringen Verlust an Ressourcen wie Energie und Rohstoffen, aber auch an Geld und Gesundheit der Bewohner:innen kommt. Beispielsweise zeigt der Müllwagen Fehlwürfe an, Sensoren in der Fahrbahndecke warnen vor Glatteis und Räumfahrzeuge tracken selbst, wo im Stadtgebiet bereits geräumt und wo noch ein Einsatz nötig ist.

Digitaler Bauakt

Siegingdorf im Burgenland und Gampern in Oberösterreich setzen wiederum auf den digitalen Bauakt. Bauanträge und Bauakten werden digital erfasst. Gampern kann dadurch über 2.500 Unterlagen zu Bauprojekten im gesamten Gemeindegebiet aus den letzten 70 Jahren gezielt digital durchsuchen.

Smarte Straßenlampen

In der Praxis kann man einiger Orts bereits die “Smart Street” bestaunen. Das Konzept der „mitdenkenden“ Straßenlampen wird in den Gemeinden Ebreichsdorf und Melk im Bezirk Baden pilothaft umgesetzt. Jede Laterne bietet verschiedenste Funktionen: Anzeige von Defekten, Optimierung von Beleuchtungsdimmzeiten, Hinweis auf freie Parkplätze, Video-Überwachung mit Polizei-Verbindung und vieles mehr.

„Diese und mehr Beispiele zeigen auf, wie wichtig die Pionierarbeit auf kommunaler Ebene ist“, bilanziert Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. Der Gemeindebund holt daher Best-Practice Beispiele immer wieder vor den Vorhang – etwa im KOMMUNAL-Magazin, auf der Plattform kommunalnet.at oder durch Unterstützung des IMPULS Award.



**Mag. Alfred Riedl,
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes**



Bürger nah und innovativ

Gerade in der Zeit der Krise zeigt sich, wie wichtig die Gemeinden in der Lebensrealität der Menschen sind. Die 2.093 Bürgermeister:innen waren und sind als Krisenmanager:innen vor Ort in ihren Gemeinden besonders gefordert. Auch in der direkten Kommunikation übernehmen Gemeindevertreter:innen wichtige Aufgaben für andere politische Ebenen. Bei der digitalen Transformation Österreichs spielen die Gemeinden als bürgernahe Innovationsräume eine wichtige Rolle. Sie zeigen konkret, was richtig verstandene Digitalisierung für uns alle besser und effizienter macht.

Digitaler Einkommens- nachweis der Landeshauptstadt Graz

Für den Österreichischen Städtebund spielt die Vernetzung mit Bund und Ländern im Bereich Digitalisierung eine entscheidende Rolle: Bietet der Bund doch zahlreiche Shared Services an, welche eine digitale öffentliche Verwaltung nicht nur ermöglichen, sondern auch effizienter und kostengünstiger machen. Österreichs Städte und Gemeinden sind aber in einigen Fällen auch als Impulsgeber hervorgetreten. Der Digitale Einkommensnachweis der Landeshauptstadt Graz ist ein solches Leuchtturmprojekt:



Automatisierter digitaler Einkommensnachweis bei Förderansuchen der Stadt Graz

Viele öffentliche Stellen in Österreich bieten Förderungen und Transferleistungen an, die einkommensabhängig sind. Auf solche Leistungen haben nur Personen bis zu einer definierten Einkommensgrenze Anspruch. In der Praxis stellen solche Leistungen in der Abwicklung von E-Government-Prozessen eine Herausforderung dar. Die Vorlage von Einkommensnachweisen ist oft umfangreich und eignet sich nicht immer für ein Dokumenten-Upload. Dies führt dazu,

dass Bürger:innen den Online-Amtsweg vermeiden und wieder beim Amt erscheinen und auch die Servicestellen der Finanzämter in Anspruch nehmen müssen.

Für dieses Problem hat die Landeshauptstadt Graz in Kooperation mit BMF, BMDW und BRZ ein Pilotprojekt gestartet. Die Einkommensdaten werden dabei von der Förderstelle über die Standardschnittstelle des Register- & Systemverbundes an die IT-Fachanwendung der Stadt Graz bereitgestellt. Als Datenquelle bzw. DataProvider fungiert in diesem Fall die Transparenzdatenbank. Als erster Use-Case in



Graz wurden dafür die einkommensabhängigen Beiträge für Kindergärten ausgewählt. Das Grundprinzip ist österreichweit für alle einkommensabhängigen Leistungen skalierbar, wie z. B. Gemeindewohnungen, Sozialhilfe, Kinderbetreuungsgeld. Der Bürger:innennutzen besteht darin, dass Förderungen 24/7 vollständig online eingereicht werden können. Der Organisationsnutzen liegt darin, dass personalintensive Front-Office-Beratungen substituiert werden können. Und auch die Servicestellen der Finanzämter werden entlastet. Denn dort entfallen Kundenkontakte wegen des Ausdrucks von Jahreslohnzetteln bzw. Einkommensbescheiden, die bislang an Förderstellen vorgelegt werden.

Once-Only-Prinzip als Role Model

Die Nutzung des Register- und Systemverbundes (RSV) ist auch inhaltlich skalierbar. D.h. nicht nur der Digitale Einkommensnachweis, auch unzählige sonstige Nachweise wie Aufenthaltstitel, Meldebestätigung, Staatsbürgerschaftsnachweis, Strafregister-

bescheinigung lassen sich durch Zugriff der Behörde/ des Amtes auf die neue RSV-Standardschnittstelle des Bundes optimieren. Überall dort, wo der Bund über standardisierte Informationen verfügt, bietet das Service des RSV ein neuartiges und umfassendes Role Model für die Nutzung von bundesweit verfügbaren Registern. Ganz nach dem Motto: Die Daten sollen laufen und nicht die Bürger:innen!

Generalsekretär Dr. Thomas Weninger:
„Digitalisierung eröffnet enorme Möglichkeiten für die Zukunft unserer Städte. Die Technologie soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt.“



Smart Cities – what else!

Städte und Gemeinden stellen die unmittelbarste Nahtstelle des Staates zu den Bürger:innen und Unternehmen dar. Somit ist es keineswegs verwunderlich, dass es gerade auf dieser Ebene das breitesten Angebot an behördlichen, aber auch privatwirtschaftlichen Services gibt – der ideale Nährboden für eine digitale Transformation! „Smart Cities“ sind in aller Munde, die Bandbreite reicht von digitalen Verwaltungsverfahren über elektronische Bürgerbeteiligung bis zum intelligenten Wasserzähler.

Der Österreichische Städtebund unterstützt als kommunale Interessenvertretung seine Mitglieder nicht nur bei den vielfältigen strategischen Fragestellungen der Digitalisierung, sondern stellt diesen aktiv und zentral digitale Services zur Verfügung.

Eine Frage der Ethik – digitale Compliance in der Kommunalverwaltung

Dass Compliance für die Kommunalverwaltung eine überaus wichtige Selbstverpflichtung darstellt, zeigt auch die seit vielen Jahren intensive Auseinandersetzung mit dem Thema. Begonnen hat die Erfolgsgeschichte mit einem E-Learning-Kurs zum kommunalen Wohlverhaltenskodex, mit dem die österreichischen Kommunen eine Vorreiterrolle übernommen haben, und der dank seiner hohen Ausarbeitungsqualität sogar als Vorlage für den Online-Verhaltenskodex des Bundes herangezogen wurde. Mittlerweile zählt die digitale Lernplattform „Städtebund Academy“ rund 15.000 registrierte Kursteilnehmer:innen aus den Mitgliedsstädten und bietet ein breites Angebot an Lehrinhalten.





Dr. Michael Ludwig,
Präsident des Österreichischen Städtebundes und
Wiener Bürgermeister

„Digitalisierung ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken, egal, ob wir unser Handy benutzen, E-Mails und Messenger-Nachrichten beantworten oder uns Online einen Eintritt ins Bad oder in ein Museum buchen; die digitale Entwicklung schreitet voran.

Wichtig ist mir dabei aber, dass der Nutzen für die Menschen im Vordergrund steht und dass allen die gleichen Möglichkeiten sowie der gleiche Zugang zu den Services geboten wird. Das ist vor allem auch in den Städten wichtig, damit alle Bürger:innen die Angebote vor Ort nutzen können.

Zudem gilt es, ausreichend Mittel für Forschung und Entwicklung und in weiterer Folge für die Umsetzung neuer digitaler Projekte bereitzustellen. Denn Digitalisierung soll auch nachhaltig sein!“



SALZBURG





Digitale Festspiele

Soziales, Bildung, Tourismus, Wirtschaft, Umweltschutz: Das Land Salzburg setzt in vielen Bereichen digitale Leuchtturmprojekte um.



Landesamtsdirektor
DDr. Sebastian Huber, MBA

Digitalisierung Soziales Informationssystem

In Salzburg werden alle Bearbeitungen im Sozialbereich (Jugendwohlfahrt, Behindertenhilfe, Sozialunterstützung, Soziale Dienste, Psychosozialer Dienst, Sozialhilfe) digital umgesetzt. Schriftverkehr und Antragstellung werden durchgängig digital erledigt. Dies inkludiert auch den „Elektronischen Rechtsverkehr“. Neben Bürger:innen sind auch externe soziale Institutionen digital eingebunden.

Ganzheitliche IT-Services für Landesschulen

Derzeit stellt die Landesinformatik alle dezentral eigenverwalteten Landesberufsschulen und landwirtschaftlichen Fachschulen auf einen standardisierten, zentralen IT-Betrieb um. Dafür wird eine einheitliche, digitale Service-Plattform für alle Schulen bereitgestellt. Zudem erfolgt eine Konsolidierung aller IT-Komponenten. Dem Schulverwaltungsbereich, den Lehrer:innen sowie den Schüler:innen steht damit eine zeitgemäße, flexibel nutzbare IT-Umgebung zur Verfügung, die Cloudservices oder die Notebook-Ausstattung mit Homeoffice-Zugängen umfasst.

Digitales Landesabgabenamt

Salzburg hat eine ganzheitlich digitale Abwicklung der Tourismusabgabe konzipiert und implementiert. Sie umfasst die digitale Abgabenerklärung über das Unternehmensserviceportal (in Vertretung auch über Steuerberater möglich) und eine durchgängig digitale Verfahrensabwicklung mit Integration zentraler Register, des „Elektronischen Rechtsverkehrs“ und der Steuerung der Zahlungsströme.

Digitale Abwicklung von Behördenverfahren

Für die Bereiche Wasser, Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft, Raumordnung und Verkehr wurde ein abteilungsübergreifendes Konzept für eine standardisierte, digitale Abwicklung unterschiedlicher Verfahren (gemäß dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz) ausgearbeitet. Mit dem Projekt „DIVAS“ soll die Dienstleistungsorientierung gegenüber Bürger:innen und anderen Kundengruppen erhöht und interne Prozesse effizienter werden. Dazu wird eine IT-Gesamtinfrastruktur verifiziert und aufgebaut. Wesentliche digitale Bausteine sind:

- Portale für Bürger:innen, Wirtschaft (USP) und Gemeinden.
- Intelligentes Archivsystem
- Entwicklungsplattform für eine rasche digitale Umsetzung von Prozessen (Workflow-Komponente) mit standardisierter Integration in zentrale Register und Anwendungen



STEIER MARK





Ausbau von Infrastruktur und Anwendungen

Die Steiermark forciert den Breitbandausbau und nutzte im Berichtszeitraum erfolgreich digitale Lösungen im Kampf gegen Corona.

Digitalisierung betrifft mittlerweile nahezu alle Lebensbereiche und fordert als Querschnittsmaterie natürlich auch die öffentliche Verwaltung. „Digitalisierung darf jedoch kein Selbstzweck sein, sondern muss Nutzen für die Bevölkerung und den Standort Steiermark, kurz für das Land Steiermark, bringen. Dazu bedarf es neben entsprechender Rahmenbedingungen und Förderungen auch eine den Anforderungen entsprechende Landesverwaltung“, so Landesamtsdirektorin Brigitte Scherz-Schaar. Eine der unabdingbaren Rahmenbedingungen ist der Breitbandausbau in der Steiermark, der auch durch die landeseigene Steirische Breitband- und Digitalisierungsinfrastrukturgesellschaft (SBIDI) unterstützt wird. Förderungen, wie eine KMU-Digitalisierungsoffensive, Schwerpunktsetzungen im F&E-Bereich und Qualifizierungsmaßnahmen durch eine Digitalisierungsstiftung sollen gezielt zusätzliche Unterstützung bieten.

Fokus auf Pandemiebekämpfung

Die Projekte im Rahmen der Landesverwaltung waren im Jahr 2021 geprägt von den Herausforderungen der Pandemie. Die Umstellung auf Homeoffice im ersten Lockdown hat reibungslos geklappt. Innerhalb weniger Tage konnten mehr als 3.000 Mitarbeiter:innen mit gesicherten Remotezugängen auf das Landesdatennetz zur Erledigung ihrer Aufgaben zugreifen. Der Großteil der Entwicklungsressourcen ging in die Bereitstellung von digitalen Services für Absonderungsverfahren gemäß Epidemiegesetz (ELEFANT) und in den Aufbau eines Tools für Coronaschutzimpfungen (HIPPO).



Landesamtsdirektorin
Mag. Brigitte Scherz-Schaar

Connect Kooperationsprojekt – Breitbandausbau Marktgemeinde Übelbach

Das Projekt steht beispielhaft für viele auf Grundlage des gesamtsteirischen Breitbandmasterplans initiierte Projekte. Hier können im Rahmen einer Kooperation der Marktgemeinde Übelbach, der Steirischen Breitband- und Digitalisierungsinfrastrukturgesellschaft (SBIDI) und der Energie Steiermark im Ortszentrum von Übelbach 12 Klein- und Mittelunternehmen sowie die örtliche Volksschule und der Kindergarten mit Glasfaser versorgt werden.

Plattform für Coronaschutzimpfungen (HIPPO)

Es wurde eine Onlineplattform eingerichtet, über die sich die Steirer:innen zu einer Impfung registrieren können und mittels der Vorgaben des Bundes zur Impfung gereicht wurden. Auch Terminverständigungen erfolgten über die Plattform. Darüber hinaus wurde der verfügbare Impfstoff über die Plattform regional auf Impfstraßen und niedergelassene Ärzt:innen verteilt. Bis Ende 2021 wurden über 800.000 Impfanmeldungen über die Plattform abgewickelt und 830 niedergelassene Ärzt:innen einbezogen.

Digitalisierung der Verfahren gemäß Epidemiegesetz (ELEFANT)

Mit dieser Anwendung wurde die bescheidmäßige Absonderung von Verdachtsfällen, Infektionsfällen und Kontaktpersonen sowie die Aufhebung durchgehend (vom Anruf bei 1450 bis zur Zustellung des Bescheides) digitalisiert und an den elektronischen Akt (ELAK) angebunden. Rund 450.000 Bescheide wurden über ELEFANT/ELAK bis Ende 2021 erlassen.



TIROL





Digitale Offensive

Nicht nur bei digitalen Infrastrukturen, auch bei E-Government und digitalen Services verfügt Tirol über eine starke Ausgangsbasis - und setzt innovative digitale Projekte um.



Landesamtsdirektor
Dr. Herbert Forster

Das Land Tirol hat 2018 die „Tiroler Digitalisierungsoffensive“ gestartet. Zur Unterstützung der digitalen Transformation in der Tiroler Wirtschaft bietet das Land verschiedene Förderinstrumente an. Im Rahmen der Digitalisierungsförderungen wurden 2021 168 Projekte mit einer Fördersumme von 9,2 Mio Euro genehmigt. Mit dem Breitband Masterplan hat das Land Tirol eine aktive Rolle beim Ausbau von Breitband-Infrastrukturen übernommen. Tirol verfügt über eine gute Ausgangsbasis für eine digitale Transformation der Verwaltung. So zeigt etwa eine Studie der EcoAustria, dass Tirol das Bundesland mit dem effizientesten Input/Output-Verhältnis bei Verwaltungsprozessen ist. Um die durchgängige Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, wurde das Programm BUILD:tirol ins Leben gerufen. Aktuell sind unter diesem Titel elf Projekte in Umsetzung und weitere in Planung. Aktuelle Leuchtturmprojekte des Landes aus den Bereichen E-Government und digitale Services dokumentieren die laufende Weiterentwicklung.

Service Plattform Tirol SEPL

Mit der Service Plattform Tirol SEPL erhalten Bürger:innen und Unternehmen einen Zugang zu digitalen Leistungen der Verwaltung. Es werden z. B. vorausgefüllte Anträge angeboten, Daten für die Tourismusabgaben erfasst oder vorliegende Genehmigungsbescheide abgefragt. SEPL wird sukzessive um weitere Services, auch von Gemeinden, ergänzt. Darüber hinaus werden Verlinkungen zu relevanten Portalen und Services von Bund, Ländern und Gemeinden geschaffen.

Tiroler Schulnetz TSN

Das Tiroler Schulnetz TSN stellt Anwendungen und Basisdienste wie ein zentrales SingleSignOn Portal inkl. Synchronisierung zu Schul-PCs oder Cloud-Diensten zur Verfügung. Die Services werden von Verwaltungs- und Lehrpersonal sowie Schüler:innen eingesetzt, unterstützen die Pädagogik, verringern Administrationsaufwand und erhöhen die Datensicherheit für 100.000 Personen. Es werden z. B. ein E-Mailsystem und hunderte Inter- und Intranet-Angebote betrieben sowie verschiedene E-Learning- und pädagogische Kommunikations-Systeme oder auch ein zentraler Digitalmedienverleih zur Verfügung gestellt.

Land Tirol App

Im Jahr 2019 hat das Land Tirol sein Serviceangebot um die Land Tirol App ergänzt. Damit können Informationen zu Behördengängen, Pressemitteilungen oder News gefunden, aktuelle Videobeiträge und Verkehrs-Webcams angesehen sowie Formulare direkt aus der App abgesendet werden. Wichtig sind Push-Benachrichtigungen zur bezirkswisen Information über außerordentliche Ereignisse z. B. Straßensperren, Lawinen- oder Hochwassergefahren.



VOR ARLBERG





Gemeinsam nach vorn

Auf Basis einer gesamtheitlichen Netzstrategie setzt Vorarlberg zukunftsweisende Projekte für Bildung und Verwaltung um.



Landesamtsdirektor
Mag. Philipp Abbrederis

Die Vielfalt der digitalen Anwendungen und deren Vernetzung, wie Internet der Dinge (IOT), autonome Mobilität oder Industrie 4.0 verlangen vollkommen neue Anforderungen an Kapazität, Qualität und Sicherheit der elektronischen Kommunikationsnetze. Ausgehend von diesen Anforderungen entwickelt Vorarlberg eine „Gesamtheitliche Netzstrategie“ in einem breiten und kooperativen Prozess. Zusätzlich zur Glasfaserinfrastruktur werden auch konvergente Technologien wie Mobilfunk- oder Sensornetzwerke berücksichtigt. Auf Grundlage der Ausgangssituation wird die Netzstrategie auf Basis mehrerer Modelle ausgearbeitet, um den Ausbau der Infrastruktur nicht nur zügig und effizient, sondern auch synergetisch und nachhaltig voranzubringen.

Um die rasch voranschreitende Digitalisierung in den Schulen voll ausschöpfen zu können und den Einsatz von digitalen Lern- und Lehrformen zu forcieren, wurde ein Schwerpunkt zur Bereitstellung einer modernen IT-Basisinfrastruktur geschaffen. Dazu zählen unter anderem eine auf Glasfaser basierende Breitbandanbindung am jeweiligen Schulstandort sowie eine leistungsfähige WLAN-Versorgung. Ausgehend von diesen Maßnahmen hat das Land zusätzlich zur IKT-Offensive für die weiterführenden Schulen ein Digitalisierungspaket für die Volks- und Mittelschulen geschnürt.

Test und Impfplattform

Im Zuge der Herausforderungen der Pandemie war es notwendig, rasch und serviceorientiert ein digitales Angebot für Bürger:innen zur Abwicklung der COVID-Tests und Impfungen anzubieten und die Bearbeitung der Datenmengen durch die Behörde sicherzustellen. Landesintern wurde eine bereits bestehende Gesundheitsplattform zur Test- und Impfplattform „Ganz Vorarlberg testet“ und „Ganz Vorarlberg impft“ weiterentwickelt und in ein COVID-Bürgerportal überführt. Für Bürger:innen ist es möglich, Testungen und Impfungen digital zu planen und zu verwalten. Über Schnittstellen werden Daten für den grünen Pass gemeldet und Zertifikate ausgestellt. Die Anwendungen wurden mit dem „ersten Vorarlberger Digitalpreis“ ausgezeichnet.

vConnect – Intranet- und Kollaborationsplattform

Im Zuge der Neugestaltung des Landes-Intranets werden neue Wege der Kommunikation und Kollaboration beschritten und Chancen für eine zielgerichtete und gebietskörperschaftsübergreifende Zusammenarbeit genutzt. Im Dezember 2021 starteten das Land Vorarlberg und der Vorarlberger Gemeindeverband die Pilotphase „vConnect“.

Neben den gängigen Funktionen des Intranets bietet vConnect Vorteile, wie zentrales Wissensmanagement, Wissensaustausch durch Vernetzung und Interaktion (Social Intranet) sowie Zusammenarbeit in digitalen Arbeitsräumen. Mit „vConnect“ rücken die Gebietskörperschaften Vorarlbergs näher zusammen und betreiben nach dem elektronischen Akt (V-DOK) ein weiteres zentrales System.



WIEN





Digitale Lebensqualität

Die Stadt Wien nutzt die neuen digitalen Möglichkeiten, um den Alltag der Bevölkerung zu erleichtern.



**Magistratsdirektor
Dr. Erich Hechtner**

Wichtiges Ziel in Wien ist es, die Verfahren der Bürger:innen mit der Wiener Verwaltung so zu digitalisieren, dass Amtswege online durchgeführt werden können. Das Virtuelle Amt der Stadt Wien verfügt derzeit über rund 580 Amtshelferseiten, die Amtswege erklären, erleichtern und mitunter ersparen. Um die 340 Online-Services, wie Terminreservierungen, Urkundenbestellungen, E-Bezahlen oder Möglichkeiten zu Online-Anträgen, stehen den Menschen dabei zur Verfügung. Der Internet-Auftritt der Stadt Wien auf wien.gv.at ist einer der umfangreichsten Österreichs. Neben laufend redaktionell gewarteten Inhalten bietet er zahlreiche Behördeninformationen, Datenbanken, Archive und Protokolle. Der nächste Schritt in der Digitalisierung ist die Personalisierung. Für die Bürger:innen soll die Antragstellung noch leichter werden, weil Online-Formulare dann bereits mit den persönlichen Daten vorausgefüllt sind. Die digitalisierungspolitischen Schwerpunkte der Stadt Wien kommen auch in aktuellen Leuchtturmprojekten zum Ausdruck.

Schule Digital

Um Kinder und Jugendliche auf zukünftige berufliche und private Herausforderungen vorzubereiten, ist digitales Know-how notwendig. Die Stadt Wien investiert mit dem Programm „Schule Digital“ 63 Mio Euro in die Zukunft der Wiener Schulen. Dabei wird an mehr als 190 Schulen flächiges WLAN bis 2023 bereitgestellt, um den Grundstein für digitale Bildung sowie für den optimierten Einsatz von mobilen Endgeräten und digitalen Tools im Unterricht zu legen. An ausgewählten Schulen wird dieses flächige WLAN mit bereitgestellten mobilen Endgeräten und digitalen Tools aktiv genutzt und evaluiert.

mein.wien

„mein.wien“ wird der digitale Dreh- und Angelpunkt, um den Wiener:innen höchsten Komfort und Geschwindigkeit bei ihren Behördenwegen zu bieten. Zusätzlich informiert die Stadt die Menschen über Neuigkeiten und Veranstaltungen in ihrem Grätzl, so dass „mein.wien“ auch ein aktueller Begleiter für ihre Wohnumgebung ist. Das partizipativ entwickelte Portal bietet Informationen und Anwendungen, welche auf die Bürger:innen sowie die Wirtschaftstreibenden zugeschnitten sind. Dabei werden Angebote individualisiert und in einer Grätzlmap standortbasiert präsentiert. Der voll integrierte Wienbot beantwortet Fragen interaktiv und Amtswege können in spielerisch aufgebauten Formularen erledigt werden. So entstehen hochgradig personalisierte Services und Informationen, die kanal-, zeit- und ortsunabhängig zur Verfügung gestellt werden.

BRISE-Vienna

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „BRISE-Vienna“ setzt neue Maßstäbe einer smarten Verwaltung und wurde dafür mit dem Österreichischen Verwaltungspreis ausgezeichnet. Die einzigartige Kombination aus Künstlicher Intelligenz, Augmented Reality und BIM/3D-Gebäudemodellierung macht Baugenehmigungsverfahren in Zukunft schneller, effizienter und nachhaltiger. Die Stadt Wien zeigt mit „BRISE-Vienna“ ein beispielhaftes Verständnis der vollständigen Auswirkungen digitaler Technologien auf die Stadtentwicklung und den Stadtbetrieb. „BRISE-Vienna“ bietet zugleich eine Blaupause für Städte, die vom Potenzial digitaler Technologien profitieren möchten.

Experten- Umfrage

Was macht digital erfolgreich?
Welche nationalen, europäischen
und internationalen Kooperationen
stärken Österreich bei erfolgreicher
Digitalisierung? Internationale Ex-
pert:innen geben darauf Antworten.

Francisco García Morán, Sonderberater der Europäi-
schen Kommission, ehemaliger Generaldirektor Informatik
(DI GIT) und Chef IT Berater der Europäischen Kommission



„Die Pandemie hat deut-
lich gemacht, wie wichtig
digitale Technologien für
das kontinuierliche Funk-
tionieren des privaten und
öffentlichen Sektors sind.

Auf EU-Ebene war Österreich stets Vorreiter
bei den Bemühungen um eine solide Strategie
für digitale öffentliche Dienste und hat einen
wichtigen Beitrag zu EU-Initiativen zu wich-
tigen digitalen Themen wie eID und Cybersi-
cherheit geleistet.

Außerdem hat Österreich vor einigen Jahren
damit begonnen, die Grundlagen für effiziente
und effektive digitale öffentliche Dienste zu
schaffen, wie z. B. eID (einschließlich mobiler
ID), ein konsolidiertes System zur Speiche-
rung von offiziellen elektronischen Dokumen-
ten sowie die Einrichtung von Portalen für
einen einfacheren Zugang zu digitalen öffent-
lichen Diensten für Bürger:innen und Unter-
nehmen, auch über EU-Grenzen hinweg. Als
Resultat dieser Bemühungen liegt Österreich
bei den E-Government-Benchmarks stets an
der Spitze und hat einen exzellenten DESI-
Wert für digitale öffentliche Dienste.“

Paul Timmers, wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität
Oxford und ehemaliger Generaldirektor der EU Kommission



„Internationale Koopera-
tion bedeutet Leadership,
voneinander lernen sowie
Zusammenarbeit zur Wah-
rung eigener Werte und
Interessen. Die Legitimität

der Behörden steht durch das Digitale vor
großen Herausforderungen. Österreich hat
im Laufe der Jahre eine führende Rolle ein-
genommen und andere Länder in Europa und
weltweit in den Bereichen eID, E-Services und
Smart Cities inspiriert. Österreich kann hin-
sichtlich reibungsloser digitaler Services auch
von anderen lernen, wie etwa von Estland
und Belgien, oder auch von den florierenden
digitalen Innovationszentren Paris, Berlin und
Amsterdam. Um den Kreis zu schließen, kann
– und sollte – Österreich jetzt wiederum eine
Führungsrolle einnehmen mit einem Programm
von ambitionierten integrierten digitalen öf-
fentlichen Services zum Schutz der Menschen
und des Planeten, für hohe Lebensqualität,
Arbeitsplätze und Wohlstand für alle, und um
den Respekt für das kulturelle Erbe und die
Selbstbestimmung mit der Offenheit für die
digitale Zukunft zu verbinden.“



Ministerialdirektor Andreas Könen

Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit,
Bundesministerium des Innern und für Heimat [bmi.bund.de](https://www.bmi.bund.de)



„In der Cybersicherheit ist Kooperation vielleicht noch wichtiger als in vielen anderen Bereichen der Digitalisierung. Wir in Deutschland schätzen

Österreich hier seit jeher als kompetenten und zuverlässigen Partner. Dies gilt für die Abstimmung in den EU-Rechtsakten ebenso wie in konkreten fachlichen Fragen. Österreich hat zum Beispiel seit Jahren kompetent und engagiert internationales Ansehen in der IT-Sicherheitszertifizierung erworben. Davon profitieren auch wir in Deutschland. Ein weiteres Beispiel ist sicheres Cloud-Computing auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung, wo wir in gutem Austausch stehen. Wir setzen weiterhin auf die enge Kooperation mit unseren Partner:innen in Österreich.“

Christian Keuschnigg

Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen,
Leiter Wirtschaftspolitisches Zentrum (WPZ)



„Digitalisierung kennt keine Grenzen: Homeoffice, online banking, digitale Geschäftstermine, digitale Steuererklärung... Digitalisierung spart Zeit und

unnötige Wege, erleichtert die Kontakte und schafft neue Möglichkeiten in Gesundheit, Bildung und Freizeit. Sie senkt die Kosten, bringt die Unternehmen näher an die Kunden und steigert die Wettbewerbsfähigkeit. Wie hätten wir die COVID-Krise ohne Digitalisierung überstanden? Mit Bildung, digitaler Infrastruktur und Schutz vor Missbrauch hilft der Staat, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. In der EU liegt Österreich im oberen Mittelfeld. Die Digitalisierungsstrategie soll uns an die Spitze bringen, dort sind die Chancen ungleich größer.“

George Metakides, Präsident des Digital Enlightenment Forums und Gastprofessor an der University of Southampton



„Die andauernde Pandemie hat die Weiterentwicklung und Bereitstellung einer Fülle von digitalen Services durch Behörden in ganz Europa forciert. Projekte

für derartige Services, die noch in der Planungsphase waren, wurden vorangetrieben, um den Bürger:innen dabei zu helfen, das Leben in der Pandemie sicherer und müheloser zu bewältigen. Die begrüßenswerte Geschwindigkeit der Entwicklung solcher digitalen Services durch staatliche Behörden bedeutete aber auch, dass oft wenig Zeit blieb für ausführliche Erhebungen über vergleichbare, von anderen Behörden in Europa angebotene Dienste, die einen kooperativen Ansatz für ihre Entwicklung ermöglichen hätten. Österreich ist äußerst aktiv an diesen derzeit stattfindenden wichtigen Gesprächen beteiligt und wird auch weiterhin eine führende Rolle bei der Ermittlung optimaler Verfahrensweisen, versteckter Lücken und neuer Chancen einnehmen und somit die Voraussetzungen für eine breit angelegte europäische Kooperation zur Entwicklung sicherer, vertrauenswürdiger und am Menschen ausgerichteter digitaler Services für alle Bürger:innen schaffen.“

Lars P. Feld

Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg



„Die öffentliche Hand ist wesentlich für die Bereitstellung von Infrastruktur und liefert so wichtige Vorleistungen für Konsument:innen und Unter-

nehmen. Im digitalen Zeitalter sind Daten ein Element dieser Infrastruktur. Es geht nicht nur um Breitband, 5G, Hardware oder Software. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für eine bessere Nutzung von Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Dies ist nur auf kooperativen Wegen möglich. In ihrer Überbetonung des Datenschutzes sind Österreich und Deutschland die beiden Länder in der EU, die bei der Digitalisierung des öffentlichen Bereichs am weitesten zurück sind. Dies muss sich ändern, wenn beide Länder nicht den Anschluss verlieren wollen.“

Achim Wambach, Präsident ZEW - Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim



„Die Corona-Krise hat zu einem erheblichen Digitalisierungsschub geführt. Die damit gewonnenen positiven Erfahrungen sollten von der Politik in die

Nachkrisenzeit mitgenommen werden und als Ansporn für eine weitergehende Digitalisierung verstanden werden. Österreich ist dabei bereits ein gutes Stück weiter als Deutschland, wie internationale Vergleichsstudien zeigen, aber weitere Schritte sind notwendig. Zentral zur Ausschöpfung der Produktivitätspotenziale der Digitalisierung ist dabei der Umgang mit den Daten der öffentlichen Hand: Diese sollten, unter Wahrung des Datenschutzes, weitestgehend für die weitere Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Dafür bedarf es der Zusammenarbeit zwischen den Ämtern, aber auch der Bereitschaft, Dritten einen Zugang zu den Daten zu ermöglichen.“

Frankie Ng

CEO SGS (Société Générale de Surveillance SA)



„Die Bereitstellung zuverlässiger digitaler öffentlicher Services ist von entscheidender Bedeutung und erfordert gemeinsame Anstrengungen von öffent-

lichem Sektor und Industrie, da praktikable Lösungen auf Bestimmungen und dazugehörigen Standards basieren müssen. Die österreichische Regierung hat bei der digitalen Transformation ihrer Services eine Vorreiterrolle eingenommen, und angesichts des beachtlichen Anstiegs der Nachfrage nach zuverlässigen mobilen E-Government-Services seit Beginn der Pandemie hat es sich als klug erwiesen, „Mobile First“ auf die Agenda der österreichischen EU-Präsidentschaft zu setzen. Als unabhängige dritte Partei ist SGS bevollmächtigt, die Einhaltung relevanter Bestimmungen und Standards zu beurteilen und letztlich die Vertrauenswürdigkeit dieser Lösungen zu bestätigen. Wir sind stolz, ein zuverlässiger Partner bei der Unterstützung dieser Bemühungen zu sein.“



Sabine Köszegi, Professor of Labor Science and Organization Institute of Management Science, TU Wien, Initiative Digitalisierung Chancengerecht

„Frauen sind in der Entwicklung digitaler Technologien stark unterrepräsentiert. Laut OECD wird nur jedes 14. Technik-Patent von einer Frau angemeldet.“

An Österreichs Universitäten dümpelt der Anteil weiblicher Informatik-Absolventinnen bei rund 15 Prozent dahin. Mädchen wird nahegelegt, lieber nichts Technisches zu studieren. Doch wenn Mädchen geringere Kompetenzen in wichtigen digitalen Kultur-techniken ausbilden, sind auch ihre Gestaltungs- und Teilhabechancen in Alltag, Beruf und Gesellschaft geringer.

Das ist nicht nur ein systematischer Nachteil für Frauen, sondern ein Problem für das ganze Land! Nur wenn es gelingt, Digitalisierung chancengerecht umzusetzen, können wir deren Potenziale realisieren. Deshalb braucht es die Initiative Digitalisierung Chancengerecht!“

Umfassende Digitalisierung vorantreiben

Die COVID-19-Pandemie hat schwerwiegende wirtschaftliche Schäden verursacht, die weltweit enorme negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, ihre Arbeitsplätze und ihr Wohlergehen haben. Digitale Technologien haben dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu mildern, den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten und einen stärkeren Einbruch zu vermeiden.

Ein Großteil der Welt ging online und hat in manchen Ländern den Internettraffic um bis zu 60% gesteigert. Mehr als 1,3 Milliarden Bürger:innen allein in den OECD-Ländern haben von zu Hause aus gearbeitet und gelernt (OECD, 2021a). Ein breites Spektrum innovativer, auf digitalen Technologien aufbauender Lösungen wurde eingesetzt, um die gesundheitliche Notlage zu bewältigen, wie etwa die Nutzung der mobilen App zum „Contact Tracing“.

All diese Aktivitäten haben das enorme Potenzial der digitalen Transformation aufgezeigt. Um diese digitale Transformation weiter zu fördern und ihren Nutzen gerecht zu verteilen, müssen neue politische Maßnahmen ergriffen werden.

Österreich ist proaktiv auf dem Gebiet der Digitalisierung

Die Regierung hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, um Österreich zu einem führenden digitalen Wirtschaftsstandort zu machen. Die Digitalisierung ist auch zentrales Element in Österreichs Aufbau- und Resilienzplan: Mehr als die Hälfte der EU-Förder-

mittel sind für den digitalen Wandel bestimmt. Mit diesen Fördermitteln werden verschiedene Projekte in Österreich unterstützt, darunter der Ausbau von Breitbandnetzwerken, die Digitalisierung der Bildung, digitale Investition in die öffentliche Verwaltung und die Digitalisierung und ökologische Transformation von Unternehmen. Das sind Schritte in die richtige Richtung, da Österreich in der Digitalisierung derzeit noch hinter Spitzenreitern wie Dänemark oder Finnland zurückliegt (OECD, 2021b).

Österreich hat bereits in vielen Bereichen der E-Government-Anwendungen und digitalen öffentlichen Services für Bürger:innen Fortschritte gemacht. Mehr als 80% der Internetuser:innen in Österreich nutzen bereits E-Government-Services. Personen und Unternehmen haben ein Anrecht auf elektronische Kommunikation mit den Behörden und leichten Zugriff auf behördliche Dokumente mittels elektronischer Mailbox. Die E-Government-Plattform für Bürger:innen integriert zentrale, regionale und lokale öffentliche Services und bietet detaillierte Informationen über österreichische Behörden.

Darüber hinaus hat die COVID-19-Pandemie einen zusätzlichen Schub in Richtung Digitalisierung bewirkt. Die Regierung hat während der Pandemie Anreize geschaffen und institutionelle Innovationen unterstützt, einschließlich kollektivvertraglicher Vereinbarungen zur Erleichterung des Homeoffice.



„Die Regierung hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, um Österreich zu einem führenden digitalen Wirtschaftsstandort zu machen.“

**Laurence Boone
Chefvolkswirtin der OECD**

Durch digitale Transformation Ungleichheiten nicht verstärken

Erfahrungen von anderen OECD Ländern zeigen, dass es bei der Digitalisierung große Unterschiede zwischen Unternehmen und zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten gibt (OECD, 2021a). Diese digitale Kluft in den OECD Ländern besteht zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen kleinen und großen Firmen und zwischen Haushalten mit hohem und niedrigem Einkommen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bestimmte Haushalte und Firmen keinen Zugang zu digitalen Technologien erhalten und diese nicht nutzen können. Folglich müssen die Regierungen sicherstellen, dass die digitale Transformation Wachstum fördert und gleichzeitig dazu beiträgt, Einkommens- und Produktivitätslücken zu schließen.

In diesem Zusammenhang bestätigt die kürzlich veröffentlichte Economic Survey of Austria zwar die aktive Rolle Österreichs bei der Beschleunigung der Digitalisierung, fordert aber auch weitere Maßnahmen ein, um sicherzustellen, dass der Nutzen der Digitalisierung breiter gestreut wird.

Eine Möglichkeit besteht darin, universelle Anbindung zu gewährleisten, um zu verhindern, dass ein ungleichmäßiger Zugang zur Kommunikationsinfrastruktur Ungleichheiten verstärkt. Die High Speed Breitbandabdeckung in Österreich ist niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern und variiert sehr stark zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Österreichs Topografie zusammen mit der vergleichsweise niedrigen Bevölkerungsdichte stellt eine Herausforderung für eine umfassendere Breitbandabdeckung dar. Insofern ist es begrüßenswert, dass die Regierung sich dazu verpflichtet hat,

allen österreichischen Haushalten bis 2030 Zugang zu Gigabit-Anschlüssen zu ermöglichen, auch mittels öffentlich-privater Partnerschaften in geografischen Gebieten, in denen es keine starken wirtschaftlichen Anreize gibt. Die neue Economic Survey of Austria weist außerdem darauf hin, dass Mobiltechnologien mit hoher Kapazität eine Alternative zu den Glasfaserinfrastrukturen in niedrig besiedelten ländlichen und gebirgigen Regionen darstellen können.

Neben einem besseren Zugang zu High Speed Breitbandanschlüssen können strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Kompetenz die Nutzung von digitalen Technologien in allen Teilen der Gesellschaft beschleunigen. Sowohl hoch- als auch niedriggebildete Österreicher:innen beteiligen sich weniger am lebenslangen Lernen als Menschen in den Spitzenreiterländern. Daher ist es zu begrüßen, dass eine Reihe von Initiativen zur Entwicklung digitaler Kompetenz eine Priorität der Regierung darstellen. Gute Beispiele für solche Programme sind die „Digital Skills Checks“, „Innovation Camps“ sowie „Digital Pro Bootcamps“. Die Economic Survey of Austria empfiehlt auch die Förderung des lebenslangen Lernens nach dem Vorbild Frankreichs, bei dem individuelle Lernkonten mit Einkommensersatz eingerichtet werden, wenn sich Personen von der Arbeit für eine Weiterbildung freinehmen.



IMPRESSUM

Herausgeber und inhaltliche Verantwortlichkeit: Bundesministerium für Finanzen Johannesgasse 5, 1010 Wien, Austria, www.digitalaustria.gv.at • Fotografie: Adobe Stock: S. 18, 19, 21, 32, 35, 36, 37, 39, 41, 45, 46, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 76, 77, 79, 81, 82 | Getty Images: Cover, S. 17, 28, 30, 31, 65, 68, 70, 72, 74, 84, 86, 88, 90, 92 | Shutterstock: S. 21, 39, 49 | BMF: S. 5 | Cajetan Perwein: S. 7 | Konstantin Böhm, BMDW: S. 24, 25, 33, 51 | Andreas Reichhardt: ©BMLRT/ Paul Gruber: S. 27 | Dunker, BKA: S.30 | Wolfgang Ebner, BMDW: S. 32 | Die Fotografen: S. 34 | Andy Wenzel: S. 37, 44 | Mahmoud, BMeiA: S. 38 | Interfoto: S. 40 | Pachauer, BMI: S. 47 | BMJ: S. 48 | Nina Dorfmayr: S. 51 | Zora Siebert: S. 52 | Paul Gruber, BMLRT: S. 55 | Carina Karlovits, BMLV: S. 56 | Emmerich Mäd: S. 64, 69 | Helge Bauer, LPD: S. 63, 71 | LAD1/Pressedienst-Öffentlichkeitsarbeit: S. 63, 73 | Werner Dedl, Land OÖ: S. 63, 75 | feelimage: S. 78 | Stadt Wien PID: S. 83 | Landesmedienquelle Salzburg: S. 63, 85 | Jesse Streibl, Land Steiermark: S. 63, 87 | Land Tirol: S. 63, 89 | Caroline Abbrederis, Land Vorarlberg: S. 63,91 | Christian Jobst, PID: S. 63, 93 | Iban Aguinaga: S. 94 | Arenda Oomen: S. 94 | Rene Bertrand: S. 95 | Foto Wilke: S. 95 | Bernd Lammel: S. 96 | Anna Logue: S. 96 | Aurélien Bergot: S. 96 | Luiza Puiu: S. 97 | Victor Tonelli: S. 99 • Änderungen und Druckfehler vorbehalten • Wien, Oktober 2022

